

Die Hoffnung organisieren

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026

Die Linke Rheinland-Pfalz

Langsam reicht's! Zeit, die Hoffnung zu organisieren! Mach mit!

Der Alltag wird für viele von uns immer anstrengender. Auf der Arbeit wird erwartet, dass wir immer mehr in der gleichen Zeit schaffen, Überstunden machen und die ständige Unterbesetzung auf eigene Kosten ausgleichen. Einkaufengehen wird immer teurer. Mit dem Geld, das von der Arbeit (oder BAföG, Sozialleistungen, Rente) bleibt, kann man sich immer weniger leisten. Viele von uns kommen trotz Arbeit nicht oder nur kaum über die Runden.

Wir versuchen unseren Alltag zu schaffen in einem System, das darauf ausgelegt ist, dass eine Person arbeiten geht und die andere sich zuhause um alles kümmert – ohne Bezahlung. Doch um unser Leben überhaupt finanzieren zu können, braucht man in der Regel zwei Vollzeitjobs. Und die ganze unbezahlte Arbeit kommt zusätzlich noch hinzu.

Noch immer wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass jemand die unbezahlte Sorgearbeit übernimmt: Kinder betreut, Angehörige pflegt, den Alltag am Laufen hält.

Gleichzeitig bekommen wir von Politiker*innen erzählt, dass wir uns doch nur mal mehr anstrengen sollten und dass alles, was wir nicht schaffen, unser eigenes Problem sei oder dass migrantische oder arme Menschen daran schuld wären. Aber das ist gelogen.

Wir wissen: Nicht Einzelne sind schuld, sondern ein ungerechtes System, das Profite über Menschen stellt. Deshalb stehen wir zusammen – solidarisch, feministisch, laut.

Wir stehen zusammen, weil wir wissen, dass wir – die Menschen, die dieses Land am Laufen halten – mehr gemeinsam haben, als uns trennt. Wir alle wollen ein gutes Leben: mit gutem Essen, bezahlbarem Wohnraum, Sicherheit, Zeit für uns und die Menschen, die wir lieben.

Wir brauchen öffentliche Strukturen, die unser Leben leichter machen – und Arbeit, die dem Gemeinwohl und einer intakten Natur dient, nicht den Profiten einiger weniger. Darum setzen wir uns im Landtag, aber auch darüber hinaus, dafür ein, dass das Leben für uns alle bezahlbar wird und sich jeder Mensch in Rheinland-Pfalz zuhause fühlen kann.

Dafür bekommt ihr unser Versprechen:

- Wir stimmen keinem Gesetz zu, das euren Alltag komplizierter macht.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Vielfalt gefeiert und als Stärke gesehen wird.
- Wir kämpfen – gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen – für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für gerechte Bezahlung, für gleiche Rechte und für ein solidarisches Miteinander.

Unsere Ideen für ein leichteres Leben findest du auf den folgenden Seiten. Echte Verbesserungen können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zusammenschließen. Bist du dabei? Dann melde dich bei der Linken Rheinland-Pfalz auf Insta, Tiktok oder per E-Mail. Lass uns gemeinsam die Hoffnung organisieren!

Wohnen

„Die Profitorientierung der Wohnungsgesellschaften regt mich auf.“
Haustürgespräch in Ludwigshafen

Menschenwürdiges Wohnen ist und bleibt ein Menschenrecht. Es ist eine unverzichtbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Doch seit Jahrzehnten verschärft sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zunehmend. Die Mieten werden erhöht, während immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Ein steigender Teil des Einkommens fließt in die Miete. Menschen mit niedrigem Einkommen und im Bürgergeldbezug sind besonders stark betroffen. Gleichzeitig verzeichnen die großen Wohnungskonzerne wachsende Profite. Kein anderes Thema verdeutlicht die Ungleichheit in unserer Gesellschaft so sehr wie das Wohnen.

Seit 2020 sind die Baukosten, die ohnehin schon hoch waren, regelrecht explodiert (Steigerung um 45,7%). Teurer Wohnungsbau führt zwangsläufig zu hohen Mieten, insbesondere wenn dabei noch Gewinne erzielt werden sollen. Die neue Wohngemeinnützigkeit, die seit 2025 in Kraft ist, reicht nicht aus. Wir brauchen Investitionen in den Aufbau eines großen Wohngemeinnützige-Sektors.

Es ist offensichtlich, dass sich die Krise auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärfen wird, während das Thema in der politischen Debatte kaum die notwendige Aufmerksamkeit erhält. Dabei ist Wohnen ein unveräußerliches Grundbedürfnis: ein Raum, der Menschen Schutz, Sicherheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bietet. Daher muss die Wohnungsfrage aus der Profitlogik befreit werden. Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt sein.

In Rheinland-Pfalz haben immer mehr Menschen das Problem, in Ballungsgebieten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Mieten steigen enorm an und die gesetzliche Mietpreisbremse in Mainz, Landau in der Pfalz, Speyer, Ludwigshafen am Rhein und Trier bleibt wirkungslos. Und Kaiserslautern fällt aus dieser Regelung heraus, obwohl dort in den letzten fünf Jahren die Mieten um 24% gestiegen sind. Das zeigt, dass die Entwicklung den Bedürfnissen der Menschen zuwiderläuft, wenn zugelassen wird, dass „der Markt“ die Wohnungsfrage „regelt“. Hinzu kommt, dass in Rheinland-Pfalz immer weniger Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Zurzeit sind es noch rund 36.500 Sozialwohnungen, 2021 waren es noch 52.000. Zudem werden laut einer Studie bis zum Jahr 2030 mehr als 30.000 Sozialwohnungen im Land fehlen.

In den ländlicheren Gebieten liegen die Probleme in mangelndem Wohnraum, insbesondere für junge Menschen, sowie einer fehlenden oder schlechten Anbindung von Bus oder Bahn. Denn eine Wohnung ist – sei sie noch so günstig

- ungeeignet, wenn von dort aus Einrichtungen des täglichen Lebens, wie Geschäfte, medizinische Einrichtungen und Kulturstätten sowie der Arbeits- oder Ausbildungsplatz nicht erreicht werden können. Wohnen und Mobilität sind eng miteinander verknüpft. Wohngebiete, die nur mit dem Auto erreichbar sind, schränken die Mobilität ein und behindern den Übergang zu klimafreundlicheren Verkehrsmitteln.

Nachhaltige Wohnpolitik ist dann sozial gerecht, wenn Wohnen klimafreundlich und erschwinglich ist. Deswegen muss eine nachhaltige Wohnungspolitik zwingend die Klimafrage berücksichtigen, denn der Immobiliensektor ist einer der größten CO₂-Verursacher in Deutschland. Die Linke RLP kämpft an der Seite von Mieter*innen und unterstützt den Aufbau von Mieter*inneninitiativen und organisiert den Kampf für Enteignung von Wohnungskonzernen und die Schaffung von gutem und öffentlichem Wohnraum zur Kostemiete.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Sozialbauquote auf 40 % erhöhen:** Wir fordern, die Sozialbauquote auf mindestens 40 % zu erhöhen, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dies muss auch für Neubauten und großflächige Sanierungen gelten.
- **Einhaltung der Sozialbauquote auch bei energetischer Sanierung:** Energetische Sanierungen dürfen nicht dazu führen, dass Wohnungen aus der Sozialbaubindung fallen.
- **Kein Wegfall der Bindungsfrist:** Einmal Sozialwohnung – immer Sozialwohnung. Nur so kann langfristig bezahlbarer Wohnraum gesichert werden.
- **Wohngemeinnützigkeit ausbauen:** Perspektivisch sollen alle Förderungen im Bereich Wohnen dazu dienen, die Wohngemeinnützigkeit weiterauszubauen. Förderungen, die bisher für Sozialwohnungen vorgesehen waren, werden damit obsolet. Sie sollen vollumfänglich in dauerhaft günstigen Wohnraum investiert werden.
- **Vonovia und Co enteignen:** Die Rückführung von großen Wohnbeständen in gemeinwohlorientiertes Eigentum hilft dabei, kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
- **Mietwucher bekämpfen:** Das Land muss rechtliche Beratung für die Kommunen anbieten und aktiv über Mietwucher aufklären, damit illegal hohe Mieten konsequent verfolgt werden können.
- **Schlechte Vermieter*innen abstrafen:** Wir lassen es nicht zu, dass sich manche Vermieter*innen nicht um ihre Wohnungen kümmern und die Mieter*innen damit allein gelassen werden. Wir setzen uns ein für eine

Meldestelle und entwickeln Pläne zur Einführung eines Vermieter*innen-TÜVs.

- **Verbindliche Mindeststandards für menschenwürdigen Wohnraum:** Jede Wohnung muss über ausreichende Belichtung, Belüftung, sanitäre Einrichtungen, funktionierende Heiz- und Kochmöglichkeiten sowie Schutz vor Feuchtigkeit verfügen. Diese Standards sind landesweit einheitlich festzulegen und regelmäßig zu überprüfen, um sicherzustellen, dass niemand in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben muss.
- **Stärkung der kommunalen Wohnungsaufsicht:** Die Kommunen müssen über klare Eingriffsrechte und ausreichende Ressourcen verfügen, um bei Mängeln verbindliche Anordnungen treffen und Bußgelder verhängen zu können. Gemeinden sollen verpflichtet werden, regelmäßige Kontrollen durchzuführen. Wer Wohnraum verfallen lässt, muss mit spürbaren Sanktionen rechnen.
- **Melde- und Transparenzpflicht bei Leerstand und Zweckentfremdung:** Um Spekulation wirksam zu bekämpfen, soll jede Wohnung eine Wohnraum-Identifikationsnummer erhalten. Vermieter*innen müssen Leerstand, Vermietung oder Umnutzung melden. Verstöße gelten als Ordnungswidrigkeit. So können Kommunen Leerstand erfassen und gezielt gegen Zweckentfremdung vorgehen.
- **Schutz von Beschäftigtenunterkünften:** Auch Menschen, die in Sammelunterkünften oder Werkwohnungen leben – etwa Saison-, Leih- oder Bauarbeiter*innen – müssen denselben Schutz wie alle anderen Mieter*innen genießen. Es sind verbindliche Mindestanforderungen für Arbeitsunterkünfte festzulegen, die Privatsphäre, Hygiene, ausreichende Fläche und Sicherheit gewährleisten.
- **Kommunale Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung:** Kommunen sollen verpflichtet werden, Wohnungssuchende aktiv zu unterstützen – durch Beratungsstellen, digitale Suchplattformen in öffentlicher Hand und Vermittlungsprogramme für Menschen mit geringem Einkommen, Geflüchtete und Wohnungslose. Niemand darf bei der Wohnungssuche allein gelassen werden.
- **Verbot von Indexmieten:** Indexmieten, die Mieterhöhungen automatisch an die Inflation koppeln, müssen verboten werden, da hierdurch der Mietendeckel ausgehebelt wird. Zudem werden die Mietpreise auf die Höhe vor Indexerhöhung zurückgesetzt. Ebenso sind Staffelmieten, die künftige Mieterhöhungen bei Vertragsschluss vereinbaren, abzuschaffen, da diese meist zum Nachteil der Mieter*innen sind.
- **Ausbau und Gründung städtischer Baugesellschaften und Genossenschaften:** Die städtischen Baugesellschaften müssen ausgebaut und finanziell handlungsfähig gemacht werden, um als starke

öffentliche Alternative auf dem Wohnungsmarkt aufzutreten. Ihr Zweck muss klar auf den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet und nicht renditeorientiert sein, um als Gegengewicht zu den kapitalistischen Immobilienunternehmen fungieren zu können.

- **Einführung eines Grund- und Bodenfonds:** Einnahmen aus Bodenverkäufen werden in einen Fonds eingezahlt, der ausschließlich zum Ankauf weiterer Grundstücke verwendet wird. So wird der Anteil an Flächen für Bodenspekulation nicht erhöht und der Besitz an kommunalen Flächen langfristig gesichert. Zudem ist durch eine ausreichende Finanzierung der Kommunen sicherzustellen, dass Bodenverkäufe ausschließlich aus politischen – und nicht aus finanziellen Gründen – erfolgen. Zudem wollen wir die Vergabe von Grundstücken über Erbpacht regeln, statt öffentliche Grundstücke zu verkaufen. Das ist ein nachhaltiger und zukunftsgerichteter Umgang mit Grundstücksbesitz.
- **Leerstands- und Zweckentfremdungsstrafe:** Um den Leerstand von Wohnungen und deren Zweckentfremdung als Ferienwohnungen oder spekulative Objekte zu bekämpfen, fordern wir die Einführung einer Leerstands- und Zweckentfremdungsstrafe. Diese Maßnahme soll leerstehende Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuführen und so positiven Druck auf die Mietpreise entfalten. Sollten alle vorerwähnten Maßnahmen nicht greifen, muss das Landesenteignungsgesetz angewendet werden.
- **Förderung von Gewerbebauten mit Wohnraum:** Wir befürworten die Förderung von Mischbebauungen, bei denen gewerbliche Bauten mit Wohnraum kombiniert werden. Dies fördert eine lebendige und vielfältige Stadtstruktur und verhindert monofunktionale Stadtteile. Zudem erhöht die vertikale Nutzung die zur Verfügung stehende Nutzfläche bei gleichbleibender Flächenversiegelung.
- **Heterogene Wohngebiete und Anti-Gentrifizierungsmaßnahmen:** Um sozialer und kultureller Segregation und Gentrifizierung entgegenzuwirken, setzen wir uns für die Schaffung heterogener Wohngebiete ein. Wir fordern zudem die Ausweisung sozialer Erhaltungsgebiete, in denen nur Sanierungen erlaubt sind, die nicht zu Mietsteigerungen führen.
- **Klimafreundlich bauen:** Förderung energieeffizienter Bauweisen bei Neubauten und energetische Sanierung von Altbauten. Fernwärme und erneuerbare Energien, wie Solar- und Geothermie (statt Gasleitungen), in Neubaugebieten und Photovoltaikanlagen auf allen geeigneten Dachflächen, um fossile Brennstoffe zu ersetzen. Wir wollen den Ausbau der Rohstoffrückgewinnung. Projekte des Landes und geförderte Projekte sind nach Standards der DGNB (Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges

Bauen) oder vergleichbaren Standards zu zertifizieren. Zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs wollen wir die Installation von Grauwasseranlagen fördern.

- **Flutschutz und naturnahe Stadtentwicklung:** Neuer Wohnraum wird vorrangig durch Nachverdichtung geschaffen, um weitere Flächenversiegelung zu vermeiden. Das Schwammstadtkonzept wird in der Stadtplanung verankert, um Überflutungen zu verhindern. Fassaden- und Dachbegrünungen zur Verbesserung des Mikroklimas, Förderung der Biodiversität in urbanen Gebieten durch Begrünung, Verbot von Schottergärten und Kleintierundurchlässigen Einfriedungen. Minimierung der versiegelten Flächen durch Entsiegelungsmaßnahmen und Ausbau der Stadtbegrünung.
- **Sozialverträglich energetisch sanieren:** Gesetzliche Deckelung der Sanierungsumlage auf die Mietenden.
- **Studienwerke finanziell ausstatten:** Auch Studierende benötigen bezahlbaren, angemessenen Wohnraum. Die Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum ist nur mit öffentlichen Mitteln möglich, weswegen die Studienwerke mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen.
- **Bedarfsgerechte Quartiersentwicklung:** Bei der Entwicklung von Wohnquartieren müssen die verschiedenen Bedarfe der Bevölkerung berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass verschiedene Wohnungstypen in verschiedenen Größen angeboten werden. Single-Appartements für Berufseinstieger*innen, Wohnungen für Paare und Familien sowie ein ausreichendes Angebot altersgerechter, barriereärmer und -freier Wohnungen. Sollte ein Lebensabschnitt den Wechsel der Wohnung erfordern, soll dies im nahen Umfeld bzw. der vertrauten Umgebung möglich sein.
- **Wohnkonzepte für junge Menschen:** Wohnheiminitiativen für Freiwilligendienstleistende, Azubis und Studierende. Bei der Schaffung von Wohnraum für junge Menschen muss darauf geachtet werden, dass eine menschenwürdige Mindestwohnfläche nicht unterschritten wird.
- **Schaffung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit Rheinland-Pfalz:** Diese soll die Umsetzung des Konzepts „Inklusiver Sozialraum“ fachlich begleitet und in die Kommunen hineinragen.
- **Housing First:** Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung. Laut Aktionsplan der Bundesregierung soll Wohnungslosigkeit bis 2030 beendet werden. Housing First ist dabei ein wichtiger Baustein. Dabei wird das Wohnen an den Anfang des Unterstützungsprozesses gestellt: Wohnungslos gewordene Menschen erhalten unmittelbar und für sie kostenfrei eine eigene, unbefristete Wohnung inkl. Strom und Wärme – ohne Bedingungen wie Abstinenz oder Therapie. Begleitende, freiwillige und bedarfsoorientierte Unterstützungsangebote helfen beim Wohnungserhalt und der sozialen Stabilisierung. Der Ansatz gilt international als erfolgreiches Modell zur nachhaltigen Beendigung von

Wohnungslosigkeit und wurde auch in Rheinland-Pfalz erprobt und positiv bewertet. Deshalb muss Housing First verstetigt und auf alle Kommunen in Rheinland-Pfalz ausgeweitet werden.

- **Wahlrecht für Wohnungslose:** Es ist nicht einzusehen, dass die Betroffenen der herrschenden Politik von Wahlen ausgeschlossen werden. Eine sachliche Begründung liegt nicht vor, denn andere Bundesländer machen vor, dass es organisatorisch umsetzbar ist, dass Wohnungslose wählen können.

Gesundheit

„Das Gesundheitssystem funktioniert nicht mehr!“

Haustürgespräch in Germersheim

Das Gesundheitssystem in unserem Land hat schon lange nichts mehr damit zu tun, dass die Patient*innen bestmöglich versorgt werden. Seit Jahrzehnten wird das Gesundheitswesen unter Druck gesetzt, Profite zu machen. Wir aber sagen: Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Recht – Menschen müssen über Profiten stehen! Die medizinische Versorgung ist keineswegs besser geworden, seitdem sie den Gesetzen des Marktes überlassen wurde – im Gegenteil: In der Pflege fehlt es an Personal, Facharzttermine sind Mangelware und viele Menschen finden keine*n Hausärzt*in mehr. Der Weg zum nächsten Krankenhaus wird immer länger, weil Kliniken aus Kostengründen geschlossen werden, obwohl die Menschen vor Ort sie dringend brauchen.

Krankenhäuser

Durch die Einführung der Fallpauschalen zur Finanzierung der Behandlung in den Krankenhäusern anstelle der Finanzierung nach Bedarf, wurde die stationäre Medizin einem enormen Kostendruck ausgesetzt. Die Gewinnerzielung hat private Krankenhauskonzerne (teils börsennotiert) immer mehr Raum in der Krankenhauslandschaft einnehmen lassen. Mit einem hohen „Patientendurchlauf“, vielen lukrativen, oft überflüssigen Operationen und massiven Einsparungen beim Personal ist die medizinische Versorgung zu einem lohnenden Geschäft geworden. Krankenhäuser hingegen, die sich um die Grundversorgung und die täglichen Notfälle kümmern, haben das Nachsehen. Sie schreiben rote Zahlen. Immer mehr Kliniken in Rheinland-Pfalz schließen oder sind von der Schließung akut bedroht. Insbesondere im ländlichen Raum tun sich (lebens-)bedrohliche Versorgungslücken auf.

Wir wollen ein Gesundheitssystem, das für die Menschen da ist und nicht dafür, die Profite von beispielsweise privaten Krankenhausgesellschaften, pharmazeutischen Unternehmen oder Medizintechnik-Unternehmen zu maximieren.

Ein Krankenhaus soll kostendeckend wirtschaften, gute Arbeitsbedingungen für seine Beschäftigten bieten und Patient*innen bestmöglich versorgen, aber nicht Aktionär*innen Dividenden einbringen! Uns ist bewusst, dass dies die privaten Krankenhauskonzerne abschrecken wird – und das ist auch gut so! Denn wir machen uns dafür stark, die Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand

zurückzuführen. Gesundheitsvorsorge ist elementare Daseinsvorsorge und gehört in die öffentliche Hand!

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Flächendeckende Sicherstellung der medizinischen Versorgung:** Es muss unverzüglich durch gesetzliche Vorgaben verhindert werden, dass Krankenhäuser und Krankenhausabteilungen in der Fläche und den Städten auf Grund der wirtschaftlichen Interessen der Krankenhausträger geschlossen werden. Einzig und allein die Bedarfe der Patient*innen können der Maßstab für die Anzahl und Lage der Krankenhäuser sein. Als Übergang muss dafür gesorgt werden, dass Pauschalen für die Häuser der Grundversorgung einschließlich Geburtshilfe, Kinderheilkunde, Geriatrie und Notfallabteilungen erhöht bzw. geschaffen werden.
- **Krankenhäuser in öffentliche Hand:** Krankenhäuser in privater Hand müssen wieder in öffentliches Eigentum überführt und unter demokratische Kontrolle durch das Land, Beschäftigte, Gewerkschaften und Patient*innen gestellt und damit der Gewinnlogik entzogen werden. Auch kirchliche Krankenhäuser sind kein geeigneter Ersatz für staatliche Gesundheitsinfrastruktur, u.a. wegen der frauenfeindlichen Politik der Kirchen.
- **Anpassung der Gehälter für Fachpersonal:** Die Einstiegsgehälter für Pflegefachpersonal müssen für alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen, z.B. auch für die Angestellten im Rettungsdienst, erhöht werden.
- **Personalschlüssel:** Personaluntergrenzen müssen eingehalten, Personalschlüssel für alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen gesetzlich verankert werden - inklusive Sanktionierungsregelungen bei Nichteinhalten gegenüber den Arbeitgebenden und Erholungsmechanismen für die Arbeitnehmenden für unterbesetzte Dienste. Als Beispiel soll die gesetzlich bereits geltende PPR 2.0 (Pflegepersonal-Regelung in Form der Pflegepersonalbemessungsverordnung) im Bereich der Pflegefachkräfte wirken. Springerpools und Bereitschaftsdienste sind einzurichten, damit in den Versorgungsbereichen nicht mehr an freien Tagen ungeplant eingesprungen werden muss.
- **Unterstützung von Gewerkschaften und dem Bündnis Pflege.Auf.Stand Rheinland-Pfalz:** Die Gewerkschaft ver.di und der Pflege.Auf.Stand RLP kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten und setzen sich für flächendeckende Tarifverträge ein - auch bei kirchlichen Trägern. Wir unterstützen diesen Kampf, damit auch für kirchlich Beschäftigte das gleiche Recht gilt.

Pflegekammer Rheinland-Pfalz

- **Die Linke sieht keine Notwendigkeit für eine Pflegekammer:** Im Moment ist die Existenz der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz ein Nachteil für die Pflegenden. Nur in Rheinland-Pfalz müssen die Pflegefachkräfte für eine

Kammer bezahlen. In dem zweiten Bundesland mit einer solchen Kammer, in NRW, werden die Kosten von dem Bundesland getragen. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden die Pflegekammern abgeschafft, in Baden-Württemberg legten über 53.000 Pflegefachkräfte Widerspruch ein, so dass die Pläne der Landesregierung für die Errichtung einer Kammer gestoppt wurden.

- **Benachteiligung beenden:** Wir sagen: Schluss mit der Benachteiligung der rheinland-pfälzischen Pflegekräfte!
- **Staatliche Aufgabe:** Die Pflegekammer soll Patient*innen bzw. Bewohner*innen, Klient*innen vor unsachgemäßer Pflege schützen und sicherstellen, dass Pflegekräfte professionell arbeiten. Dies ist unserer Ansicht nach Aufgabe des Staates. Diese Aufgabe den Pflegekräften selbst zu übertragen und sie dafür auch noch selbst bezahlen zu lassen, ist ein Unding.
- **Individualisierung beenden:** Die Pflegekammer hat nicht zu besseren Arbeitsbedingungen und genügend Pflegepersonal geführt. Sie hat keinen Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Pflege ausgeübt. Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz hat eine Berufsordnung beschlossen, die die Pflegepersonen - statt die Arbeitgeber*innen - in die Pflicht nimmt. Der Druck auf die Beschäftigten wird weiter erhöht und „die Arbeitgeber*innen“ und „die Politik“ sind fein raus.
- **Berechtigte Anliegen unterstützen:** Trotzdem hören wir auch den gewählten Vertreter*innen zu und werden deren Anliegen stets dann unterstützen, wenn es zum Wohle der Pflegepersonen bzw. der zu pflegenden Personen ist.
- **Die Linke in Rheinland-Pfalz setzt sich für eine Befragung aller Mitglieder der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz ein:** Die Pflegenden sollen selbst und demokratisch innerhalb des ersten halben Jahres der dritten Vertreterversammlung der Pflegekammer entscheiden, ob sie die Kammer nicht wieder abschaffen wollen. Ein zuvor transparent festgelegtes Quorum darüber, wie viele Mitglieder abstimmen müssen, um für die Befragung eine Gültigkeit zu erlangen, soll festgelegt werden. Sollte die Mehrheit sich für die Pflegekammer aussprechen, so müssen die Zwangsbeiträge abgeschafft werden. Da es sich um eine gesellschaftliche Aufgabe handelt, muss das Geld dafür aus dem Staatshaushalt kommen.

Bessere ärztliche Versorgung auf dem Land

Seit den 90er-Jahren wurde auf Drängen der Ärzteschaft für sämtliche Kassenarztsitze eine Zulassungsbeschränkung eingeführt. Auf diese Weise erwuchs den niedergelassenen Ärzt*innen keine weitere Konkurrenz. Nun sind

die Haus- und Fachärzt*innen im Rentenalter angekommen, ohne rechtzeitig ein*e Nachfolger*in gefunden zu haben. Hinzu kommt, neben anderen Gründen, dass in den letzten Jahrzehnten die Medizinstudienplätze in ganz Deutschland reduziert wurden.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen stehen durch ihre Zulassungsbeschränkungen einer sektorenübergreifenden medizinischen Versorgung im Weg. Die Verbindung von ambulanter und stationärer Medizin, die insbesondere auf dem Lande helfen könnte, den Ärztemangel abzubauen, wird dadurch erschwert.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Kommunale Behandlungszentren:** Integration von kommunalen Behandlungszentren, in denen die Psychotherapie gemeinsam mit anderen Fachkräften (Ergotherapie, Physiotherapie, Sozialarbeiter*innen und Pflegefachkräften) und Ärzt*innen gemeinsam die Patient*innen vor Ort versorgen. Die Etablierung von solchen medizinischen Versorgungszentren muss durch das Land finanziell unterstützt werden. Die Übernahme von Kassensitzen durch private Gesundheitskonzerne darf nicht länger erlaubt sein!
- **Entbürokratisierung in der medizinischen Versorgung:** In allen Bereichen der medizinischen Versorgung ist eine Entbürokratisierung nötig. Die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen sollten weniger Zeit für Formulare aufwenden müssen, um mehr Zeit für ihre Patient*innen zu haben. Praxisangestellte sollen nach Tariflohn mit der richtigen Einstufung bezahlt werden. Nur so können für die Fachangestellten gute Arbeitsbedingungen ermöglicht und kann dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Budgetierungen, die die Anzahl der behandelten Patient*innen oder die Art bzw. den Umfang der Behandlung einschränken, lehnen wir ab. Auch ambulante Medizin muss evidenzbasiert und bedarfsorientiert ausgeübt werden. Das bedeutet, dass die Patient*innen die Versorgung erhalten, die medizinisch geboten ist.
- **Ausbau der Medizinstudienplätze:** Die Anzahl an Medizinstudierenden ist für den Bedarf viel zu gering. Die Studienplätze für Medizin müssen ausgebaut werden und wir unterstützen die Forderung nach einer zweiten medizinischen Hochschule in Rheinland-Pfalz. Ein NC als Zulassung zum Medizinstudium ist neu zu überdenken. Faire Vergütung während des praktischen Jahres wird als Notwendigkeit angesehen.

Bessere psychotherapeutische Behandlung

Wir wollen auch die psychosoziale und psychiatrische Versorgung verbessern: Die Zahl der psychischen Erkrankungen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen – die Zahl der Therapieplätze aber nicht. Psychische Erkrankungen sind nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Sie

werden durch prekäre und überlastende Arbeitsverhältnisse, Armut, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen verstärkt. Obwohl Prävention sowie frühzeitige Intervention und Behandlung wichtig sind, um komplizierte Krankheitsverläufe zu verhindern, warten Betroffene oft lange auf einen kassenärztlichen Behandlungs- oder Therapieplatz, besonders im ländlichen Raum. Rund 40% der Patient*innen mit einer psychischen Erkrankung warten mindestens drei bis neun Monate auf eine Behandlung bei einer*em vertraglichen Psychotherapeut*in.

Statt die Hindernisse zu beseitigen, wird im Gesundheitsministerium über Fallpauschalen bei der ambulanten Versorgung nachgedacht. Eine Maßnahme, die wir ablehnen.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Keine pauschalen Regelungen:** Bei psychischen Erkrankungen kann es keine pauschalen Regelungen darüber geben, wie lange eine Behandlung dauert und eine solche Beschränkung darf kein Instrument sein, um mehr Plätze zu schaffen.
- **Zugang zu Psychotherapie erleichtern:** Die psychotherapeutische Versorgung muss verbessert werden. Es sind dringend mehr Psychotherapeut*innen für die flächendeckende ambulante Behandlung notwendig. Die Kostenerstattung durch die Krankenkassen muss einfacher und zuverlässiger geregelt werden. Um eine menschenwürdige Behandlung zu gewährleisten, werden weitere stationäre Behandlungsplätze benötigt.
- **Kostenlose Soforthilfe in Krisensituationen:** Ein flächendeckender, gesetzlich verankerter Krisendienst nach dem Vorbild Bayerns: Menschen in seelischen Notlagen müssen rund um die Uhr schnelle, niedrigschwellige und qualifizierte Unterstützung erhalten – unabhängig von Wohnort und Einkommen. Der derzeitige Flickenteppich an Angeboten lässt viele Betroffene alleine und führt zu vermeidbaren Krisenescalationen. Ein gesetzlich geregelter Krisendienst, der rund um die Uhr telefonisch und per Chat erreichbar ist, entlastet Notaufnahmen, schließt Versorgungslücken und vereinfacht Wege, indem er die Menschen direkt und zuverlässig zur passenden Anlaufstelle weiterleitet.

Verbesserungen bei der Schwangerenberatung

Alle Schwangeren sollen bei Bedarf ungehinderten und barrierearmen Zugang zu einer wohnortnahmen und weltanschaulich neutralen Schwangerschaftskonfliktberatung haben. Im Falle der Entscheidung für einen Abbruch muss dieser ebenso ungehindert, barrierefrei und wohnortnah in einer Klinik oder Praxis durchführbar sein - inklusive einer allumfassenden, ganzheitlichen Aufklärung bzgl. der Behandlung.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Flächendeckendes Angebot an ambulanten und stationären Einrichtungen:** Auch in Zukunft muss ein flächendeckendes Angebot an ambulanten und stationären Einrichtungen nach Vorgaben des Schwangerenkonfliktgesetzes gesichert werden.
- **Qualifizierte Fachkräfte:** Da Schwangerenberatung eine gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgabe ist, die zudem hochqualifizierte Fachkräfte bedarf, muss sie auch vollständig vom Staat finanziert werden.
- **Regenbogenfamilien:** Kinderwunsch existiert auch außerhalb heterosexueller Paare/Ehen, deshalb muss das Beratungsangebot alle Menschen mitdenken.

Solidarische Gesundheitsversicherung/Bürger*innenversicherung

Durch das zweigleisige Krankenversicherungssystem in Deutschland hat sich eine Zweiklassenmedizin entwickelt. Im ambulanten Bereich werden die Leistungen für privatversicherte Patient*innen in den Arztpraxen deutlich höher bezahlt. Praxissitze in Stadtteilen mit vielen Privatpatient*innen sind deshalb sehr begehrt. Die übrigen Stadtteile und ländliche Strukturen leiden zunehmend an Unterversorgung. Kassenpatient*innen müssen bei Fachärzt*innen lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Gesundheitsversicherung:** Eine solidarische Gesundheitsversicherung, die von allen in Deutschland lebenden Menschen finanziert wird, denn dann können auch die Beitragssätze sinken. Alle Einkommensarten sind einzubeziehen, auch die aktuell noch privat Versicherten müssen entsprechend ihres gesamten Einkommens aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen in die Gesundheitsversicherung einzahlen.
- **Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze:** Die Beitragsbemessungsgrenze muss abgeschafft werden. Der Beitrag muss sich nach der Leistungsfähigkeit richten. Künftig soll sich der Beitrag zur Krankenversicherung an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit orientieren – starke Schultern tragen mehr. Wer mehr verdient, zahlt auch über der bisherigen Grenze hinaus Beiträge und das System wird gerechter.
- **Beihilfe reformieren:** Die Gesundheitsversorgung der Beamt*innen soll in die solidarische Gesundheitsversicherung überführt werden. Als erster Schritt wird für Beamt*innen eine echte Wahlfreiheit zwischen Beihilfesystem und Gesetzlicher Krankenversicherung eingeführt (mit Zahlung der Arbeitgeberbeiträge durch die Arbeitgeber*innen).
- **Zuzahlungen abschaffen:** Auch wenn über Zuzahlungen auf Bundesebene entschieden wird, setzen wir uns auf Landesebene mit

Nachdruck dafür ein, dass Patient*innen bundesweit entlastet und Eigenbeteiligungen Schritt für Schritt abgeschafft werden.

Besserer Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Arbeitsschutzgesetze wurden durch Gewerkschaften in den letzten Jahrhunderten hart erkämpft. Allerdings hapert es massiv bei der Umsetzung in den Betrieben. Unkenntnis, Kostendruck und schlichter Unwille sorgen dafür, dass viele Arbeitgeber*innen den Arbeitsschutz missachten bzw. nicht so genau nehmen. Die Linke unterstützt Gewerkschaften, Betriebsräte und Personalräte im Kampf um mehr Mitbestimmung im Arbeits- und Gesundheitsschutz und bei der Durchsetzung der Gesetze, die die Beschäftigten besser schützen sollen.

Nach wie vor arbeiten viele Menschen unter krankmachenden Bedingungen. Viele Beschäftigte berichten von mangelnder Schutzausrüstung in verschiedenen Arbeitsbereichen und einer zu hohen Stressbelastung. Nur weniger als die Hälfte der Betriebe erfüllen die Forderungen des Arbeitsschutzgesetzes. Hiernach muss für jeden Arbeitsplatz eine Belastungs- und Gefährdungsanalyse erstellt werden.

Bildung

„Die Chancenungleichheit der Kinder ist deutlich wahrnehmbar.“

Haustürgespräche in Offenbach an der Queich

Bildung ist ein essenzielles Thema, denn sie bestimmt für die meisten Menschen die Chancen, die sie im Leben haben werden. Bildung betrifft jedes Alter: Angefangen bei unseren Kleinsten, die durch gute Kinderbetreuung auf den Eintritt ins Schulleben vorbereitet werden, über Schüler*innen, die gemeinsam lernen sollten, anstatt nach ihrer (sozialen) Herkunft in Schularten sortiert zu werden, bis hin zu beruflicher Ausbildung und Studium an Hochschulen, die ohne Rücksicht auf die Herkunft allen offen stehen müssten. Kita, Schule und Hochschule sind auch Arbeitsplätze für viele Menschen, die unter den Sparmaßnahmen und dem Personalabbau der letzten Jahrzehnte leiden. Während die Anforderungen steigen, ist Personal knapp. Und schließlich ermöglicht die Betreuung der Kinder in Kitas und Ganztagschulen, dass Familien ihren Arbeitsalltag organisieren können und dass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Pflege und gesellschaftlichem Engagement gefördert wird. Doch das gesamte Bildungssystem ist unterfinanziert. Nicht nur das Personal fehlt: Viele Einrichtungen stehen auch bei Ausbau und Instandhaltung von Gebäuden und Anlagen vor erheblichen Schwierigkeiten. Die Bildungschancen der Kinder hängen noch immer in zu großem Ausmaß von der sozialen Stellung der Eltern ab. Das wollen wir ändern: Alle Menschen müssen die gleichen Chancen haben!

Kitas und schulische Nachmittagsbetreuung

Kinder brauchen ein sicheres Umfeld, in dem sie das Zusammenleben lernen und ihre Erfahrungen und Eindrücke verarbeiten können. Kinderbetreuung muss inklusiv und wohnortnah gestaltet sein sowie dem sozialen Hintergrund der Familien Rechnung tragen. Die Bedürfnisse aller Kinder müssen berücksichtigt und erfüllt werden. Erzieher*innen leisten eine wichtige Arbeit, bei der sie neben der pädagogischen Arbeit mit den Kindern weitere umfangreiche Aufgaben, wie die Dokumentation und die Vor- und Nachbereitung pädagogischer Angebote, erledigen. Eine hohe pädagogische Qualität erfordert die Arbeit in multiprofessionellen Teams. Hierbei werden an die Qualifikation und die Zusammenarbeit der Erzieher*innen weitere Ansprüche gestellt, die mehr Zeit zur Koordination und Konzeption der Arbeit erfordern. Während die Anforderungen steigen, bleibt jedoch das Personal knapp und die Kinderbetreuung unterfinanziert.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Eine Kita für alle:** Mit ausreichend Räumen, Personal und für alle Beteiligten praktikable Therapie- und Förderangebote. Insbesondere für die Sprachförderung müssen ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.
- **Kostenloses Kitaessen:** Kinder sollen unter anderem in der Kita gefördert werden und etwas lernen. Mit leerem Magen lernt es sich schlecht. Deswegen braucht es ein kostenloses und gesundes Kitaessen, vor Beginn und mittags. Ebenso bedarf es gemeinsamer Zubereitung von Mittagessen und Lebensmitteln.
- **Kitasozialarbeit für alle Kitas:** Diese muss flächendeckend eingeführt und verstetigt werden, um die Interessen der Kinder zu fördern und präventiv handeln zu können, damit die Chancengleichheit verbessert wird.
- **Mehr Geld für Kitas:** Kitas und andere Betreuungseinrichtungen brauchen mehr Geld. Zudem bedarf es einer vollständigen Beitragsfreiheit, auch für unter Zweijährige.
- **Kinderbetreuungszeiten bei Bedarf ausweiten:** Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungszeiten soll gesetzlich auf achtseinhalb Stunden pro Tag festgelegt werden. So soll sichergestellt werden, dass erwerbstätige Paare und vor allem Alleinerziehende Kindererziehung und lebensunterhaltssichernde Vollerwerbsarbeit miteinander vereinbaren können.
- **Ausbau und Instandhaltung der Einrichtungen:** Der Ausbau und die Instandhaltung der Einrichtungen müssen Aufgabe des Landes werden. Zudem muss dies ausreichend finanziert werden.
- **Bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen:** Die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen müssen verbessert werden. Damit kann eine Aufwertung des Erzieher*inneberufs erreicht werden und dabei helfen, den Personalmangel zu beheben.
- **Ausgestaltung inklusiver Bildung:** Diese betrifft die auskömmliche Ausgestaltung inklusiver Bildung von Lehrmaterial, multiprofessionellen Teams bis zur Gebäudeanpassung. Und das für jedes Alter.
- **Förderung außerschulischer Bildungsangebote:** Für Kinder und Jugendliche jeden Alters. Förderung entsprechender Organisationen und Vereine.

Eine Schule für alle

Bildung ist ein Menschenrecht und die Zukunft unserer Kinder. Allerdings wird bei Betrachtung des rheinland-pfälzischen Bildungssystems schnell klar, dass noch erhebliche Defizite vorliegen. Es wird Zeit, dass wir mit unserem Bildungssystem endlich im 21. Jahrhundert ankommen und dieses gerechter gestalten, damit auch Kinder aus nicht-akademischen Haushalten einen besseren Zugang zu guter Bildung bekommen. Dafür ist es wichtig, dass wir es schaffen, endlich das gegliederte Schulsystem zu überwinden, da dieses System bereits im frühen Kindesalter Ungleichheiten zementiert und dazu führt, dass für viele Kinder die

Zukunftschancen verbaut werden. Daher wollen wir eine „Schule für Alle“ nach dem skandinavischen Vorbild als Regelschule einführen, um den Lernenden ein hohes Bildungsniveau garantieren zu können, um Ungleichheiten abzubauen und allen eine gute Zukunft zu ermöglichen. Weiterhin müssen wir Lösungen für den akuten Lehrer*innenmangel finden: Laut der Gewerkschaft GEW fehlen in Rheinland-Pfalz 5.000 Lehrkräfte. Des Weiteren leiden die meisten Schulen unter mangelnder Ausstattung und maroder Einrichtung. Der Sanierungsstau an Schulen ist immens, beispielsweise müssten für eine Kernsanierung des Georg-Kerschensteiner-Berufsbildungszentrums in Ludwigshafen insgesamt 300 Millionen Euro aufgebracht werden. Und diese Schule ist nicht die einzige.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Eine Schule für alle:** Wir sprechen uns gegen eine frühzeitige Selektion von Schüler*innen aus, damit wir ihnen nicht schon frühzeitig Perspektiven nehmen. Wir wollen eine „Schule für Alle“, das heißt: weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem und keine verpflichtenden Hausaufgaben mehr.
- **Kostenloses Schulessen:** Mit leerem Magen lernt es sich schlecht. Deswegen ein kostenloses und gesundes Schulessen, vor Unterrichtsbeginn und mittags. Ebenso gemeinsames Zubereiten von Mittagessen und Lebensmitteln, sowie mehr Schulgärten.
- **Kostenlose Periodenprodukte:** An allen Schulen, inklusive Berufs- und Hochschulen.
- **Kurze Schulwege:** Kurze Wege für kurze Beine. Lange Schulwege belasten Eltern und Kinder und reduzieren im Ergebnis die Bildungschancen bereits benachteiligter Kinder. Die Personenbeförderung muss für alle Kinder kostenlos sein.
- **Besseres Lernen:** Besseres Lernen durch kleinere Klassen erreichen, mehr Lehrer*innen und multiprofessionelle Teams. Zusätzlich dazu fordern wir einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen. Wir brauchen dringend eine adäquate Betreuung der Schüler*innen, um die Chancengleichheit weiter zu fördern.
- **Gestaltung von Beratungsangeboten:** Die auskömmliche Gestaltung von Beratungsangeboten und konkreten Hilfeleistungen zur Umsetzung selbstbestimmter Zugänge in allen Lebensbereichen inklusive der Bereiche Wohnen, Leben und Arbeiten. Beratungsangebote für Schulabbrecher*innen.

Berufliche Ausbildung

Auch bei der Ausbildung weist das Bildungssystem in Rheinland-Pfalz Mängel auf. Im Jahr 2022 haben in Rheinland-Pfalz 7,8 % der Schüler*innen nach Beendigung der Schulpflicht die allgemeinbildende Schule ohne ersten Schulabschluss verlassen. Damit liegt Rheinland-Pfalz über dem

Bundesdurchschnitt. Immer mehr junge Menschen hängen bei der Ausbildungsplatzsuche in einer Warteschleife fest. Dies betrifft hauptsächlich Migrant*innen und Menschen mit Berufsreife. Gleichzeitig beklagen Betriebe den Fachkräftemangel, während sie immer seltener selbst ausbilden. Betriebe, die ausbilden könnten, dies jedoch nicht tun, sollten mindestens mit einer Ausbildungsplatzumlage an der Finanzierung der Ausbildung beteiligt werden. Damit werden vor allem kleinere und mittlere Betriebe entlastet, die ihrer Verantwortung gerecht werden. Die Ausbildungsbedingungen müssen verbessert werden, um Menschen einen erfolgreichen Start in ein gutes Berufsleben zu ermöglichen.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Solidarische Ausbildungsumlage:** Betriebe, die nicht ausbilden, müssen in einen Fonds einzahlen, um Betriebe, die ausbilden, zu entlasten. Daher wollen wir eine solidarische Ausbildungsumlage.
- **Wohnheimplätze für Auszubildende:** Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, sich insbesondere im ländlichen Raum an der Schaffung von öffentlichem Wohnraum, etwa bezahlbaren Wohnheimplätzen für Auszubildende, finanziell zu beteiligen.
- **Jede Ausbildung gebührenfrei:** Jede Ausbildung soll vollqualifizierend und gebührenfrei sein. Wir wollen, dass bei schulischen Ausbildungen das Schulgeld entfällt und Azubis anstatt einer reinen Mindestausbildungsvergütung die tariflichen Mindeststandards einer Branche erhalten. Analog zur AVE (Allgemeinverbindlichkeitserklärung) sollen sie 100 % der tariflich üblichen Ausbildungsvergütung bekommen sowie die tariflich geregelten Standards zu Urlaub, Freizeitausgleich und Zuschlägen. Nach der Ausbildung sollen alle Azubis von den Betrieben ohne Probezeit unbefristet übernommen werden.
- **Schulische Ausbildungen erhalten:** Schulische Ausbildungen sollen erhalten bleiben. Wer eine solche dreijährige Ausbildung durchläuft, soll Anspruch auf das sogenannte Aufstiegs-BAföG haben und keinerlei Sanktionen unterliegen. Der BAföG-Satz wird stetig der Inflation angeglichen. Einrichtungen, die solche Fachschulausbildungen anbieten, sollen durch die Länder gefördert werden.
- **Aufwertung von Berufen mit hohem Frauenanteil:** Geschlechterspezifische Ungleichgewichte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sollen u.a. durch geschlechtersensible Bildung und die Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit hohem Frauenanteil überwunden werden. Politische Bildung, Medienkompetenz und KI-Wissen sollen Teil der beruflichen Ausbildung sein.
- **Mitbestimmungsrechte von Auszubildenden stärken:** Die Mitwirkung von Auszubildenden in den Personalvertretungen muss garantiert werden.
- **Tarifvertragliche Löhne:** Wir unterstützen die Gewerkschaften und deren Jugendorganisationen bei ihrem Kampf für bessere tarifvertragliche Lösungen. Ausbildungen, die nicht dual erfolgen, etwa in allen Sozial-,

Gesundheits- und Erziehungsberufen, müssen besser entlohnt werden. Studentische Beschäftigte müssen tarifvertraglich abgesichert werden.

- **Zugangsrecht für Gewerkschaften an Berufsschulen:** Wir wollen Klassenbewusstsein und politische Bildung in Berufsschulen fördern. Daher müssen Gewerkschaften Zugang zu den Berufsschulen zum Zwecke der Information und Mitgliederwerbung erhalten.
- **Lebenslanges Lernen:** Ein Berufswechsel zwischen zwei Branchen muss einfacher ermöglicht werden, deswegen schaffen wir entsprechende Angebote und fördern den Ausbau unternehmensloser Ausbildungen.
- **Starke Berufsschulen:** Eine starke berufliche Bildung braucht starke Berufsschulen. Dafür sind gezielte staatliche Investitionen in Ausstattung, digitale Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte unerlässlich, um die duale Ausbildung zukunftsfähig und gerecht zu gestalten.
- **Gründung eines Handwerksgymnasiums:** Wir unterstützen die Forderung der HKW Rheinhessen zur Gründung eines Handwerksgymnasiums nach dem Vorbild aus Thüringen für eine Stärkung und Attraktivität der Handwerksberufe in Rheinland-Pfalz.

Hochschule und Weiterbildung

Eine zukunftsorientierte Hochschule muss jedem und jeder offenstehen und Freiheit in Forschung und Lehre garantieren – und deshalb von der öffentlichen Hand getragen und finanziert werden. Davon sind die Hochschulen in Rheinland-Pfalz weit entfernt. Der Zugang zu Universitäten ist sozial selektiv, mit schlechteren Chancen für Kinder aus nicht-akademischen Elternhäusern. Die Beschäftigten leiden häufig unter befristeten Arbeitsverträgen und dauerhafter Überlastung. Das Personal zur Sicherstellung der grundständigen Lehre fehlt und der bauliche Zustand vieler Universitätsgebäude ist schlecht. Beispielsweise fehlen an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität (Campus Kaiserslautern) rechnerisch jährlich für eine sachgerechte Instandhaltung 31 Millionen Euro. Im Jahr 2023 profitierten im Schnitt nur 12,3 % der Studierenden in Rheinland-Pfalz vom Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Bedarfssätze liegen unterhalb der Armutsgrenze. Deshalb fordern wir, dass die Höhe regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst wird und die Bedarfssätze nicht weiter unterhalb der Armutgefährdungsgrenze liegen. Des Weiteren muss das BAföG für alle zugänglich sein, also eltern-, alters- und herkunftsunabhängig, existenzsichernd, unbefristet und als Vollzuschuss.

Insbesondere im Bereich der Lehrer*innenbildung braucht es praxis- und lebensrealitätsnahe Rahmenbedingungen. Wenn man gute Bildung für Schüler*innen gewährleisten möchte, müssen auch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Daher setzen wir uns neben der Schule für alle auch für eine bessere Ausbildung der Lehrer*innen an den aktuell

noch bestehenden Schulformen ein, um Schüler*innen eine angemessene Bildung zu gewährleisten.

Der Mensch lernt nie aus. Deswegen setzen wir uns für lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen ein. Entscheidend dafür sind gute Arbeitsbedingungen und eine gute Entlohnung durch die Träger in allen Bereichen der Erwachsenenbildung.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Tarifverträge:** Wir wollen einen Tarifvertrag für alle in der Weiterbildung Beschäftigten.
- **Zugang zum Freiwilligendienst:** Jugendliche, die neun Jahre Schulzeit und die Berufsreife erlangt haben, sollten ebenfalls Zugang zu einem Freiwilligendienst erhalten.
- **Dauerhafte Planstellen schaffen:** Projektstellen, die über Jahre hinweg regelmäßig verlängert werden müssen, etwa in der Servicestelle der LAG Freiwilligendienste, sollen in dauerhafte Planstellen umgewandelt werden. Das schafft Planungssicherheit, reduziert Bürokratie und stärkt die Bildungsarbeit im Freiwilligendienst.
- **Bildungsfreistellungsgesetz (sog. Bildungsurlaub) reformieren und bekannt machen:** Wir wollen den sog. Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer*innen zugänglicher gestalten. Z.B. soll das Recht auf Bildungsurlaub auch in Betrieben unter fünf Angestellten gelten. Mitarbeitende sollen finanziell unterstützt werden.
- **Volkshochschulen stärken:** Finanzielle Stärkung der Volkshochschulen als Orte demokratischer Bildung und Förderung von niederschwelligen und leichter zugänglichen Angeboten.
- **Förderung von Qualifizierungsangeboten für „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ):** Sowohl für Schulen als auch für die Erwachsenenbildung wollen wir DaZ-Qualifizierungsangebote erhöhen und fördern.
- **Berufsabschlüsse nachholen:** Menschen ohne Ausbildung sollten einen Anspruch auf verlängerte Umschulungen und auf erleichterte Externenprüfungen erhalten, damit sie anerkannte Berufsabschlüsse nachholen können.
- **Personal ausfinanzieren:** Die Lehre an Hochschulen und in der Weiterbildung muss durch fest angestellte Mitarbeitende sichergestellt sein. Lehraufträge können dies nur punktuell und kurzfristig ergänzen, die Dozent*innen müssen dabei eine an den Tarif angegliche Vergütung erhalten.
- **Praxisorientierte Lehrer*innenausbildung:** Es braucht mehr Praxis im Lehramtsstudium und eine bessere Verzahnung zwischen Studium und Vorbereitungsdienst. Das Lehramtsstudium soll stärker dual gedacht werden.
- **Dauerstellen statt Kettenbefristung:** Insbesondere promovierte Mitarbeiter*innen an Universitäten (PostDocs), die zentrale Aufgaben in

Forschung und Lehre übernehmen, brauchen entfristete Stellen statt immer neu befristete Arbeitsverträge. Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter*innen müssen eine dauerhafte und planbare Beschäftigung haben.

- **Genug Zeit für die Promotion:** Haushaltsfinanzierte Promotionsstellen sollen mindestens sechs Jahre laufen und Promovierenden ausreichend Zeit für ihre Dissertation bieten. Die im Wissenschaftszeitvertragsgesetz enthaltene Tarifsperrre wollen wir aufheben.
- **Gesicherte Grundfinanzierung von Hochschulen:** Eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen statt Abhängigkeit von Drittmitteln. So wollen wir Wissenschaftsfreiheit sichern und Kettenbefristungen von Arbeitsverhältnissen verhindern.
- **Finanzierung der Studierendenwerke:** Die Studierendenwerke müssen ausreichend finanziert werden, damit sie die Semesterbeiträge, Mensapreise und Wohnkosten für Studierende senken können.
- **Hochschulen öffnen:** Der Zugang zur Universität soll mit Fachabitur, beruflicher Ausbildung oder vergleichbaren Abschlüssen möglich sein. Wir sind gegen Studiengebühren, unabhängig vom Pass oder von der Studiendauer.
- **Anerkennung von Abschlüssen:** Für Geflüchtete und andere Studierende muss eine unbürokratische Anerkennung von Abschlüssen und ein vereinfachter Zugang zum Studium ermöglicht werden. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden.
- **Demokratische Hochschulen:** Wir wollen eine demokratische Hochschule, in der Studierende, wissenschaftliche Angestellte, Professor*innen und das wissenschaftsunterstützende Personal gemeinsam entscheiden. Die autokratische Herrschaft durch Präsidien und Professor*innen ist nicht mehr zeitgemäß und muss beendet werden. Hierfür brauchen wir eine echte Mitbestimmung durch die Personalräte, Gleichberechtigung aller Gruppen in den Senaten und wirkmächtige, demokratisch verfasste Studierendenschaften, die die Studierenden organisieren.
- **Aus- und Aufbau digitaler Infrastrukturen an den Hochschulen:** Es braucht einen Hochschul-Digitalpakt, der zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Ländern vorsieht. Dazu gehört auch, dass eine digitale Schnittstelle zu den BAföG-Ämtern geschaffen wird, für schnellere Antragsbearbeitung.
- **Wissenschaftliche Kooperationen:** Auf- und Ausbau akademischer Kooperationen zu zivilen wissenschaftlichen Zwecken auf Augenhöhe mit Hochschulen, Bildungs- und Kulturinstitutionen in aller Welt. Wissenschaftliche Kooperationen in der Forschung sollen zur Friedensförderung beitragen. Programme zum internationalen Austausch und vor allem zum Schutz politisch verfolgter und gefährdeter Wissenschaftler*innen wollen wir absichern und ausbauen.
- **Offenlegung von Verträgen:** Verträge zwischen Hochschulen und privaten Unternehmen oder Stiftungen müssen offengelegt werden.

Öffentliche Forschungsmittel dürfen nicht für Zwecke der individuellen Bereicherung missbraucht werden.

- **Öffentliche Forschungsergebnisse:** Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden, müssen öffentlich zugänglich sein. Deshalb fordern wir die Gründung eines landeseigenen öffentlichen wissenschaftlichen Journals zur Förderung der freien Wissenschaft.

Arbeit und Wirtschaft

„Die Preise steigen immer weiter, die Löhne aber nicht.“

Haustürgespräch in Germersheim

Wir stehen bedingungslos an der Seite der arbeitenden Menschen. Arbeit darf weder krank noch arm machen. Von unserer Arbeit müssen wir ein gutes Leben führen können. Durch die Arbeitskraft der Menschen in Rheinland-Pfalz wird eine funktionierende Wirtschaft erst möglich. Und daher wollen wir eine andere Wirtschaftspolitik: demokratisch, ökologisch und sozialistisch. Unser Ziel ist es, die öffentliche Wirtschaft und die Landesbeteiligungen zu stärken. Denn wir wollen Gemeinwohl statt Profitlogik. Der Trend zur Privatisierung hat vielfach zu schlechteren Leistungen, höheren Preisen und einem Abbau demokratischer Kontrolle geführt. Wir setzen dagegen auf Rekommunalisierung.

Rheinland-Pfalz hat keinen gesetzlichen Rahmen, um demokratische Arbeitsbeziehungen und Tarifbindung konsequent durchzusetzen. Viele Unternehmen erhalten öffentliche Aufträge trotz prekärer Arbeitsbedingungen. Es fließen öffentliche Gelder an Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen, Umweltstandards unterlaufen oder Betriebsratsarbeit behindern.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Tariftreue RLP 2.0:** Öffentliche Aufträge des Landes, der Kommunen und ihrer Unternehmen werden künftig ausschließlich an Anbieter*innen vergeben, die die für ihren Bereich geltenden Tarifverträge vollständig anwenden. Es greifen digitale Nachweispflichten und es wird eine personell gestärkte Servicestelle mit verbindlichen Prüfquoten eingerichtet. Bei Verstößen gegen die Tariftreue drohen Vertragsstrafen und ein Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge bis zu drei Jahren sowie eine konsequente Kettenhaftung.
- **Tarif-TÜV:** Wir fordern, dass Landesförderungen, Investitionsbankprogramme und öffentliche Beteiligungen nur an Unternehmen vergeben werden, die tarifgebunden sind oder verbindlich eine Tarifbindung-Roadmap umsetzen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) wird erleichtert und für Landesbeteiligungen gilt Tarifbindung sowie gute Mitbestimmung als Standard. Betriebe mit aktiver Mitbestimmung erhalten einen Vergabe-Bonus; bei Behinderung der Betriebsratsarbeit erfolgt ein Ausschluss von Vergaben. Förderbedingungen sind weiterhin Zugangsrecht für Gewerkschaften physisch und digital.
- **Aktiv gegen Union-Busting:** Wir fordern eine personell gestärkte Schwerpunktstaatsanwaltschaft sowie ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Verstößen von Unternehmen gegen das BetrVG (Betriebsverfassungsgesetz).

- **Mehr Arbeitsschutz und faire Beschäftigung:** Pflichtmäßige Gefährdungsbeurteilungen – einschließlich psychischer Belastungen – müssen unter verstärkter Landesaufsicht erfolgen. Zudem fordern wird ein Verbot von Outsourcing und dauerhafter Übertragung des Geschäftszwecks an Subunternehmen, insbesondere im Bereich der prekär organisierten Beschäftigung, orientiert am Arbeitsschutzkontrollgesetz und verbunden mit dem Tariftreuegesetz.
- **Landeseigene Unternehmen gründen oder ausbauen:** Zur wirtschaftlichen Stärkung sollen landeseigene Unternehmen gegründet oder ausgebaut werden, wie beispielsweise eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, ein öffentlicher Energieversorger für erneuerbare Energien oder ein IT-Dienstleister des Landes, der unabhängig von Konzernen wie SAP, Amazon oder Microsoft agiert.
- **LBB ausbauen:** Der LBB (Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung) wird zu einer selbstständig planenden Behörde ausgebaut. Zusätzlich wird ein landeseigener Bauhof eingerichtet, welcher mit eigenem Personal und auf eigene Rechnung Bauprojekte des Landes umsetzen kann.
- **Gemeinwohlorientierte Lebensmittelgeschäfte:** Wir wollen den Aufbau von landeseigenen Lebensmittelgeschäften, um regionale Erzeuger*innen zu stärken und Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten. Dazu wollen wir Pilotprojekte starten.
- **Kommunale Wirtschaft stärken durch Landeszuschüsse:** Durch die Rekommunalisierungen von Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Busverkehr, Wohnungsbau und Stadtwerken kann die kommunale Wirtschaft gestärkt werden.
- **Transparenzpflicht für Beteiligungen:** Alle Landesbeteiligungen müssen Berichtspflichten zu sozialen, ökologischen und tariflichen Standards erfüllen.
- **Ausbau gemeinwohlorientierter Wirtschaftsformen:** Förderung von Genossenschaften, Kommunalunternehmen, Gemeinwirtschaft.
- **Kein Geld an Lohndrückung, Umweltzerstörung oder Unternehmen ohne Betriebsrat:** Öffentliche Aufträge und Subventionen sind nur an tarifgebundene oder genossenschaftlich geführte Unternehmen mit echter Mitbestimmung zu vergeben, die ökologische und klimapolitische Kriterien erfüllen. Ein Landesvergabegesetz muss soziale, ökologische und tarifliche Kriterien zur Pflicht machen. Damit Verstöße effektiver verfolgt werden können, fordern wir den Ausbau der landesinternen Meldestellen für Hinweisgeber*innen.
- **Arbeitszeitverkürzung durch Feiertage:** Wir fordern die Einführung des 8. März – Internationaler feministischer Kampftag – und des 8. Mai – Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus – als gesetzliche Feiertage im Land Rheinland-Pfalz. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, dass die auf einen Sonntag fallenden Feiertage am darauffolgenden Werktag nachgeholt werden. Wir stellen uns entschieden gegen Bestrebungen, Feiertage zur Finanzierung von Kriegsgeräten oder sonstigen staatlichen oder privatwirtschaftlichen Vorhaben zu streichen.

- **Landesförderbank sozial ausrichten:** Die Investitions- und Strukturbank (ISB) fördert auch Unternehmen, die Tarifflucht betreiben oder prekäre Beschäftigung organisieren. Die ISB muss an soziale, demokratische und ökologische Kriterien gebunden werden. Dabei sind vorrangig sozial-ökologische Projekte, Existenzgründungen mit Gemeinwohlbindung und betriebliche Mitbestimmung zu fördern.
- **Kleine Unternehmen stärken:** Viele kleine Betriebe stehen unter Druck durch Konzerne, durch steigende Kosten und fehlende Nachfolge. Deswegen benötigt es einen Ausbau von Förderprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen und die Unterstützung von Betriebsübernahmen durch Beschäftigte. Deswegen benötigt es einen Ausbau von Förderprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen und die Unterstützung von Betriebsübernahmen durch Beschäftigte, sowie eine Unterstützung von Existenzgründungen.
- **Innenstädte beleben:** Mit einer Leerstandsstrafe ist gegen Langzeit-Leerstände in Innenstädten vorzugehen. Mietendeckel für gewerbliche Räume in Innenstädten, Mitspracherecht der Städte und Kommunen bei der Vermietung der Räumlichkeiten und Förderung von lokalem Handel statt Großkonzernen und internationalen Ketten. Wir wollen, dass gewerblicher Leerstand übergangsweise für Vereine, Kunst- und Kulturveranstaltungen kostenlos nutzbar gemacht wird. Lokale Einkaufsmöglichkeiten sind nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern ermöglichen vor allem auch Senior*innen, weiterhin unabhängig zu bleiben.
- **Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern:** Lebensmittel, Dienstleistungen und Energieversorgung werden zunehmend durch globale Konzerne bestimmt. Dabei liegen Lösungen oft vor Ort. Schulen, Kliniken und Kantinen sollen regional einkaufen. Zudem unterstützen wir die Förderung solidarischer Landwirtschaft und regionaler Lebensmittelproduktion.
- **Strukturpolitik gegen Ungleichheit:** Viele Regionen in Rheinland-Pfalz sind strukturell benachteiligt. Zur Strukturförderung für benachteiligte Regionen müssen gezielte Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Kultur getätigt werden. Nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land gesichert werden.
- **Friedenspolitik schafft Arbeit:** Rheinland-Pfalz ist Standort zahlreicher US-Militärbasen. Der Abzug der US-Truppen ist friedenspolitisch geboten und bietet gleichzeitig wirtschaftliche Chancen. Dafür benötigt es Umschulung und Weiterbildungsprogramme für alle Zivilbeschäftigte und Landesprogramme für die Ansiedlung ziviler Projekte, z. B. Forschung, Bildung, Soziales. Eine schrittweise Transformation militärischer Liegenschaften in zivile Nutzung, auch Konversion genannt, und der Erhalt aller Arbeitsplätze zu gleichen oder besseren Konditionen, sind unser Ziel.
- **Breitband für alle:** Gerade ländliche Regionen hinken beim Internetzugang hinterher. Digitale Teilhabe darf nicht standortabhängig sein. Schnelle Internetverbindungen müssen flächendeckend ausgebaut werden, auch an abgelegenen Orten. Als langfristige Investition braucht es Glasfaser statt Funklösungen.

- **Klimagerechte Industriepolitik:** Industriepolitik findet oft nur unter Wettbewerbsaspekten statt, doch auch Industrie braucht soziale Sicherheit und Klimaschutz.
- **Wirtschaftsdemokratie an Hochschulen und Forschungseinrichtungen:** Forschung in öffentlicher Verantwortung gerät zunehmend unter Konzernkontrolle. Deswegen dürfen Landesmittel nur für Projekte mit gesellschaftlichem, sozialem und ökologischem Nutzen verwendet werden. Drittmitteltransparenz und demokratische Kontrolle an Hochschulen müssen verankert und die Zivilklausel erhalten werden.
- **Digitale Barrierefreiheit:** Umsetzung von digitaler Barrierefreiheit auf allen Verwaltungsebenen und Serviceleistungen.
- **Ausbau von Mitbestimmung und Teilhabe:** Der Ausbau von Mitbestimmung und Mitgestaltung durch Menschen mit Beeinträchtigung auf allen politischen Ebenen nach dem Motto der UN-Behindertenrechtskonvention „Nichts über uns ohne uns“.
- **Kultur fördern:** Es bedarf einer gesetzlichen Verpflichtung des Landes, die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben im kulturellen Bereich im Sinne der Landesverfassung zu unterstützen. Kultur braucht gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Einführung eines Landes-Kulturpasses für Kinder und Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr, die in Rheinland-Pfalz ihren ersten Wohnsitzt haben.
- **Förderung von Makerspaces:** Makerspaces ermöglichen niederschwellig Zugang zu Werkstätten und Werkzeug, sie müssen daher auf- und ausgebaut werden. Das spart die Notwendigkeit, dass jeder Haushalt einen eigenen Werkzeugvorrat anlegt.

Mobilität

„Mein Sohn kommt regelmäßig zu spät zur Schule, weil die Bahn nicht rechtzeitig kommt.“

Haustürgespräche in Mutterstadt

Mobilität ist Daseinsvorsorge und kein Luxus. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe – sei es Schule, Arbeit, Arztbesuche oder Ehrenamt. Der Zugang darf nicht vom Geldbeutel, Wohnort oder Autobesitz abhängen. Das Land muss sicherstellen, dass alle Menschen mobil bleiben – zu Fuß, mit Rad, Bus oder Bahn. Die Mobilitätswende soll niemanden überfordern. Dafür sollen Beratungsangebote helfen, den Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel praktisch zu gestalten. Pendler*innen, Familien und Senior*innen sollen unterstützt und Kommunen bei nachhaltigen Mobilitätskonzepten begleitet werden.

Sorgenfreie Mobilität ist ein zentraler Beitrag für Lebensqualität, soziale Teilhabe und wirtschaftliche Stärke in Rheinland-Pfalz. Sie ermöglicht Menschen, unabhängig vom Einkommen oder Wohnort, sicher und zuverlässig zu pendeln, zur Schule zu kommen oder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Gleichzeitig stärkt sie den Wirtschaftsstandort, indem Fachkräfte und Güter zuverlässig transportiert werden können. Mit einer konsequenten Mobilitätswende investieren wir in Zukunft, Klimaschutz und Arbeitsplätze – und zeigen, dass Rheinland-Pfalz handlungs- und gestaltungsfähig ist.

Barrierefreie Mobilität ist wesentliche Voraussetzung für eine uneingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben, da sie den Zugang zu allen notwendigen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen, Freizeit, Sport, Medien und sozialen Kontakten ermöglicht. Barrierefreie Mobilität bedeutet Lebensqualität und Selbstbestimmtheit. Besonders im Bereich des ÖPNV gibt es zahlreiche Mobilitätsbarrieren, von denen besonders Menschen mit Beeinträchtigungen betroffen sind und ihnen die selbständige Teilnahme und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erschweren bzw. sogar verhindern. Im Sinne einer barrierefreien Mobilität sind daher Wegeführungen notwendig, die allen Menschen das Erreichen ihres Ziels ermöglichen, z.B. durch durchgängige Blindenleitstreifen, ausreichend verfügbare und nutzbare Bordsteinabsenkungen, barrierefreie Fahrkartautomaten oder auch rollstuhlgerechte PKW-Parkplätze.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Öffentlicher Verkehr als Rückgrat:** Rheinland-Pfalz braucht einen verlässlichen, bezahlbaren ÖPNV. Wir fordern den Ausbau des ÖPNV, die

Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken und einen landesweiten Taktfahrplan. Ziel ist ein ticketloser, solidarisch finanziert ÖPNV, bei dem alle, unabhängig vom Einkommen, mitfahren können.

- **Barrierefreiheit im ÖPNV:** Damit auch alle einsteigen können, fordern wir barrierefreie, stufenlose Einstiege. Barrierefreie, behindertengerechte Ausstattung und ausreichende Frequenz des ÖPNV.
- **Mobilität auf dem Land sichern:** Alle Regionen müssen innerhalb von 60 Minuten ein Oberzentrum (zentrale Stadt) erreichen können. Dazu gehören Rufbusse, Mitfahrangebote, Carsharing und Radverbindungen. ÖPNV ist Daseinsvorsorge – für soziale Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung gleichermaßen. Für Regionen, die noch nicht an das Schienennetz angebunden sind, wird ein Fernbussystem eingerichtet.
- **Rad- und Fußverkehr stärken:** Ein landesweites Radwegenetz mit baulich getrennten Radschnellwegen, sicheren Verbindungen im ländlichen Raum und beleuchteten Wegen erhöht Lebensqualität, Gesundheit und Klimaschutz. Außerdem wollen wir Schulwege durch Querungshilfen, Tempo-30-Zonen und Vorrang für Fußgänger*innen sicherer gestalten.
- **Internationale Bahnverbindungen fördern:** Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas – diese Lage verpflichtet. Wir fordern den Ausbau des internationalen Bahnverkehrs, dazu gehören eine Regionalbahn zwischen Mainz und Straßburg und der Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke Frankfurt – Paris über Mainz, Trier und Luxemburg.
- **Gütertransport auf die Schiene:** Damit der Gütertransport auf die Gleise kommt, setzen wir uns ein für Investitionen in Umschlagbahnhöfe und Gleisanschlüsse für Betriebe. Zusätzlich setzen wir uns ein für die Elektrifizierung aller Bahnstrecken, den Einbau neuster Signalechnik und den Ausbau von Lärmschutz.
- **Langfristige Infrastrukturplanung:** Infrastrukturplanung muss langfristig, planbar und finanziell gesichert erfolgen, analog zum Schweizer Modell. Gelder aus Straßenneubauten und fossilen Subventionen sollen in Bahn, Bus und Radwege umgelenkt werden. Der Fokus muss auf dem Ausbau klimafreundlicher Mobilität liegen.
- **Flughafen Hahn zukunftsfähig machen:** Der Flughafen Hahn soll nachhaltig umgenutzt werden, z. B. als Zentrum für Bildung, Forschung, Logistik und grüne Technologien.
- **Faire Arbeit und Finanzierung:** Tarifbindung, Mitbestimmung und gute Arbeitsbedingungen in allen Verkehrsunternehmen sind unerlässlich. Privatisierung, Dumpinglöhne oder Leiharbeit lehnen wir ab.

Finanzen

„Das Geld ist da, nur nicht für uns.“

Haustürgespräch in Lahnstein

In einer Zeit, in der Schulen verfallen, Busverbindungen ausgedünnt werden, Krankenhäuser schließen und überall Personal fehlt, hören wir von Politik und Wirtschaftseliten immer dasselbe: „Es ist kein Geld da.“ Doch das stimmt nicht. Deutschland ist so reich wie nie zuvor – aber der Reichtum ist extrem ungleich verteilt. Während eine kleine Minderheit über Milliardenvermögen verfügt, kämpfen viele Menschen mit steigenden Mieten, höheren Preisen und stagnierenden Löhnen.

Gleichzeitig wird öffentlicher Reichtum abgebaut: Die Infrastruktur veraltet, soziale Einrichtungen werden kaputtgespart, Kommunen schnallen den Gürtel enger. Das ist keine Notwendigkeit – das ist politische Entscheidung. Die Schuldenbremse wirkt wie eine Abrissbirne für solidarische Politik. Steuervergünstigungen für Reiche, Erbschaften ohne angemessene Besteuerung und die politische Bevorzugung großer Konzerne zerstören die Grundlagen des Gemeinwohls.

Reiche und große Konzerne profitieren von Steuerprivilegien und Schlupflöchern. Die Folge: Immer weniger bezahlen immer mehr – aber nicht die, die es sich leisten können. Die Steuergerechtigkeit ist aus dem Gleichgewicht geraten. Während Steuererleichterungen für Reiche uns Milliarden kosten, fehlt das Geld für Maßnahmen gegen Armut und soziale Ungleichheit.

Der Staatshaushalt wird häufig ohne echte Beteiligung beschlossen – gleichzeitig bleiben viele Ausgaben intransparent. Immer mehr öffentliche Aufgaben werden privatisiert oder ausgegliedert – das gefährdet Versorgungssicherheit, Qualität und demokratische Kontrolle. Wichtige Ressourcen wie Grundstücke, Gebäude oder technische Infrastruktur werden zunehmend an private Investor*innen verkauft. Immer mehr Mittel werden in Sondervermögen ausgelagert oder über Landesgesellschaften verwaltet – oft ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle. Zudem zwingt die Schuldenbremse die Länder und Kommunen zu Kürzungen – selbst bei dringenden Zukunftsaufgaben. Investitionen in Kitas, Krankenhäuser, Klimaschutz oder Digitalisierung scheitern oft nicht am Willen, sondern an den haushaltsrechtlichen Fesseln. Viele Kommunen sind überschuldet, unterfinanziert und dadurch handlungsunfähig. Fördermittel werden von kleinen Kommunen oder Initiativen nicht abgerufen – zu kompliziert, zu bürokratisch, zu wenig Beratung und die Eigenbeteiligung stellt sie wieder vor Herausforderungen. Die Schere zwischen wohlhabenden und abhängigen Regionen geht weiter auseinander.

Wir treten an, das zu ändern. Wir stehen für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für eine solidarische Steuerpolitik und für ein Land, in dem öffentliche Versorgung Vorrang vor privaten Profiten hat. Wir wollen in eine Gesellschaft investieren, die niemanden zurücklässt. Deshalb führt Die Linke den Kampf gegen jede Art von Kürzungen und organisiert und unterstützt lokale Bündnisse und Proteste: Alles für alle, statt Luxus für wenige. Dafür treten wir an!

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Reichtumsbericht auf Landesebene:** Eine Dokumentation, die festhält, wie ungleich das Vermögen verteilt ist – als Grundlage für politische Debatten und Entscheidungen.
- **Jagdsteuer beibehalten:** Wer sich Jagd leisten kann, kann auch einen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.
- **Steuerprivilegien streichen:** Keine Steuerprivilegien für Großgrundbesitzer*innen, Immobilienkonzerne und Holdings.
- **Gewerbesteuerpflicht ausweiten:** Große Kanzleien, Praxen, Vermögensverwalter*innen und Finanzkonzerne müssen wie andere Unternehmen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.
- **Finanzämter personell besser ausstatten:** Vor allem zur Betriebsprüfung bei Großunternehmen und zur Sonderprüfung hoher Einkommen und Vermögen.
- **Mehr Steuerfahndung statt Bürgergeld-Kontrollen:** Die größten Ausfälle entstehen nicht bei den Ärmsten, sondern bei den Reichen.
- **Schuldenbremse aus der Verfassung streichen:** Die Schuldenbremse verhindert Zukunft, nicht Schulden.
- **Landesgesellschaften und Sonderfonds:** Bis zur Streichung der Schuldenbremse dienen Landesgesellschaften und Sonderfonds als rechtlich saubere Auswege zur Finanzierung von Investitionen.
- **Öffentliche Versorgung zuerst – auch verfassungsrechtlich:** Öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnen, Gesundheit und Klimaschutz dürfen nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden.
- **Langfristige Investitionsquote:** Mindestens 10 % des Landshaushalts sollen dauerhaft für soziale und ökologische Zukunftsaufgaben reserviert werden.
- **Fördermittel nur gegen Gemeinwohlbindung:** Wer Tariftreue verletzt, Klimaziele unterläuft oder Beschäftigte ausbeutet, darf keine Steuergelder erhalten.
- **Landesbeteiligungen auf das Gemeinwohl ausrichten:** Orientierung am Gemeinwohl statt an Renditen.
- **Gemeindefinanzreform:** Landesmittel müssen stärker nach Bedürftigkeit verteilt werden – insbesondere für strukturschwache Kommunen.
- **Beiträge für Straßenausbau abschaffen:** Diese Kosten müssen vom Land übernommen werden. Das würde die Menschen direkt entlasten, insbesondere in kleinen Kommunen. Darüber hinaus werden hohe Bürokratiekosten zur Erhebung eingespart.

- **Konnexitätsprinzip durchsetzen:** Wer Aufgaben auf Kommunen abwälzt, muss auch die Mittel mitliefern. „Wer bestellt, bezahlt!“
- **Landesprogramm für kommunale Altschulden:** Mit der Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen hat die Landesregierung ihr Ziel verfehlt. Die Reform ist deutlich gescheitert und hat Potenzial dazu, dass die kommunalen Liquiditätskredite wieder die alten Stände erreichen. Selbst der Landesrechnungshof kommt zu diesem Fazit. Wir wollen hingegen einen wirklichen Schuldenschnitt, der die Kommunen weiterbringt.
- **Politische und juristische Unterstützung:** Kommunen, die für mehr Finanzmittel klagen, müssen politisch und juristisch unterstützt werden.
- **Keine Kürzungen:** Bei Bildung, Pflege, Klimaschutz und Sozialem – auch in Haushaltsskrisen.
- **Privatisierungen verhindern:** Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Hand.
- **Sparkassen vor Fusion und Kommerzialisierung schützen:** Sie sind Gemeingut und sollen es auch bleiben.
- **Girokonto für alle:** Banken müssen flächendeckend gebührenfreie Konten für Menschen mit geringem Einkommen oder Transferleistungen anbieten.
- **Bürgerhaushalte einführen:** Menschen vor Ort entscheiden über Teile des Haushalts selbst mit – mindestens über ein Prozent des Landeshaushalts.
- **Transparenzgesetz ausweiten:** Fördergelder ab 5.000 Euro müssen veröffentlicht werden – samt Empfänger*in, Zweck und Bedingungen.
- **Keine Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP):** Sie sind teuer, intransparent und demokratisch nicht kontrollierbar.
- **Erhalt öffentlicher Infrastruktur in öffentlicher Hand:** Öffentliche Infrastruktur darf nicht privatisiert und in ihrer Existenz gefährdet werden.
- **Landeseigene Grundstücke gemeinwohlorientiert nutzen:** Vergabe in Erbpacht, mit Sozialbindung und Vorrang für Kommunen, Genossenschaften oder gemeinwohlorientierte Träger.
- **Klare demokratische Regeln für Landesgesellschaften und Sondervermögen:** Demokratische Regeln gewähren Kontrolle und sichern Transparenz.
- **Keine Umgehung des Landtags:** Parlamentarische Kontrolle muss für alle Haushaltssmittel gelten, ob im Kernhaushalt oder außerhalb.
- **Fördermittel-Beratungszentrum auf Landesebene:** Schwerpunkt sollen kleinen und mittleren Kommunen, gemeinnützige Träger und soziale Initiativen sein.
- **Sozial-ökologische Prioritätensetzung:** Was dem Klima hilft und soziale Gerechtigkeit stärkt, bekommt Vorrang.
- **Herausnahme des Finanzierungsvorbehalts:** Aus dem Landesteilhabegesetz und allen weiteren Gesetzen und Regelungen, die inklusive Maßnahmen betreffen.
- **Hilfe zur Teilhabe:** Übernahme aller bisher von den Kommunen getragenen Kosten der „Hilfe zur Teilhabe“ (SGB IX) durch den Landeshaushalt.
- **Auskömmliche Ausstattung von Beratungsangeboten und Hilfesystemen:** Eine selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen – Wohnen, Arbeiten, Freizeit – muss ermöglicht werden.

- **Erhöhung des Kulturetats des Landes in Bezug auf den Gesamthaushalt:** Kunst und Kultur gibt es nicht zum Nulltarif. Das Land muss die kommunalen Kultureinrichtungen verlässlich institutionell fördern und so dafür sorgen, dass den Menschen kulturelle Teilhabe zugänglich ist.
- **Verankerung von Kulturpflege und -förderung:** Für die Kulturförderung in Verantwortung der Kommunen müssen besondere Regelungen geschaffen werden. Deswegen muss sie Pflichtaufgabe mit festgesetzten Standards werden, die sich an den Bedarfen der jeweiligen Stadt, Gemeinde oder dem Kreis orientieren.
- **Kultur fördern:** Es bedarf einer gesetzlichen Verpflichtung des Landes, die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben im kulturellen Bereich im Sinne der Landesverfassung zu unterstützen. Kultur braucht gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen.
- **Förderung von Freier Software:** Freie Software ist essentiell für die digitale Selbstbestimmung der Bürger*innen und Verwaltung und sollte daher finanziell gefördert werden. Außerdem fordern wir die Umstellung von Behörden auf Freie Software.
- **Landesvergesellschaftungsgesetz:** Damit Artikel 15 des Grundgesetzes endlich angewendet werden kann, braucht es eine gesetzliche Grundlage. Deshalb erarbeiten wir ein Landesvergesellschaftungsgesetz. Dieses soll das Recht schaffen, Wohnkonzerne in Gemeineigentum zu überführen und Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit geben, ihren Betrieb in eine Genossenschaft umzuwandeln.

Frieden und Abrüstung

„Ich möchte den Krieg nicht nochmal erleben.“

Zeitzeugin, Haustürgespräch in Koblenz

Die weltpolitische Lage spitzt sich dramatisch zu: Der Kapitalismus ist in einer tiefen multiplen Krise. Dadurch hat sich die Konkurrenz zwischen den Weltmächten weiter verschärft. Neuverteilung von Absatzmärkten, verschärfte Zollpolitik und ein neuer Kampf um den Zugang zu Ressourcen sind die Folge. Angesichts dieser Situation setzen die EU-Staaten vermehrt auf Militarisierung und Aufrüstung. Auch Deutschland beteiligt sich aktiv – durch Waffenlieferungen, politische Rhetorik und eine beispiellose Aufrüstung. Ob in Gaza oder in der Ukraine: Kriege prägen unseren Alltag und werden genutzt, um im Inneren Militarisierung voranzutreiben – durch die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht oder zunehmende Repression gegenüber Kriegsgegner*innen. Diese Entwicklung betrifft uns alle – ganz besonders in Rheinland-Pfalz.

Mit dem Fliegerhorst Büchel ist Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland, in dem nachweislich Atomwaffen im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe lagern. Zudem befindet sich neben der Air Base Spangdahlem mit der Air Base Ramstein der größte US-Militärstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten in unserem Land. Ramstein ist logistisches Drehkreuz für völkerrechtswidrige Militäreinsätze und Drohnenangriffe und macht damit Rheinland-Pfalz zu einem Zentrum internationaler Kriegspolitik.

Die Friedensfrage ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Atomwaffen raus:** Abzug aller Atomwaffen und US-Streitkräfte aus Rheinland-Pfalz.
- **Militärstandorte schließen:** die Umwandlung von Militärstandorten in zivile Nutzung mit nachhaltigen Arbeitsplätzen, gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung.
- **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag:** Ein Rheinland-Pfalz, das sich auf Bundesebene klar für Frieden, Abrüstung und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag stark macht.
- **Diplomatie und zivile Konfliktprävention stärken:** Die Stärkung von Diplomatie, ziviler Konfliktprävention und internationaler Zusammenarbeit anstelle militärischer Eskalation.
- **Forschung nur für zivile Zwecke:** Die Einführung einer Zivilklausel an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen und Universitäten.
- **Bundeswehrwerbung an Schulen verbieten:** Ein Verbot von Bundeswehrwerbung an Schulen und allen Einrichtungen, die von Kindern und Jugendlichen besucht werden.

- **Umstellung auf zivile Fertigung:** Unterstützung von Projekten zur Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung.
- **Erziehung zum Frieden, nicht zur „Kriegstüchtigkeit“:** Sogenannte Krisentrainings an Schulen sehen wir als Teil der Militarisierung der Gesellschaft. Stattdessen fordern wir die Geschichte der internationalen Friedensbewegung auf den Lehrplan.

Klima, Ökologie und Tierschutz

„Es wäre schön, die Grünflächen am Sportplatz auszubauen, damit Bienen etc. einen Lebensraum haben.“

Haustürgespräch in Dienheim

In den vergangenen Jahren haben wir auch in Rheinland-Pfalz immer häufiger Unwetter, Überschwemmungen und Perioden extremer Hitze und Dürre erlebt. Extrembeispiel ist das verheerende Ahr-Hochwasser mit 135 Toten, vielen Verletzten und Sachschäden in Milliardenhöhe. Den allermeisten Menschen ist klar, dass Klimaschutz und Klimaanpassung das Gebot der Stunde sind. Gute öffentliche Infrastruktur, starke Kommunen und gleichwertige Lebensverhältnisse sind daher keine Luxusprojekte – sie sind Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe. Mehr noch: Sie sind lebens- und überlebenswichtig. Statt privater Unternehmen soll der ÖPNV durch landeseigene oder kommunale Gesellschaften gestellt werden.

Allzu oft wird in diesem Zusammenhang behauptet, wir säßen alle im selben Boot. Tatsächlich herrscht jedoch auch in dieser Frage Ungleichheit: In Deutschland emittieren die reichsten 10% genauso viel Kohlenstoffdioxid wie die gesamte ärmeren Hälfte der Bevölkerung. Und der CO₂-Anteil der Reichen steigt weiter. Auch die Klimafolgen sind nicht gleich verteilt: Während sich die einen in ihrem Pool abkühlen, können sich andere in engen Wohnungen nicht vor der extremen Hitze schützen. Gerade für ältere Menschen und die Jüngsten unter uns ist das ein erhebliches Risiko. Hitzeschutz – vor allem, aber nicht ausschließlich in den Städten – ist notwendig. Wir setzen dabei auf den Ausbau von blau-grüner Infrastruktur: Fassadenbegrünung, Stadtumbau nach dem Motto „Bäume statt Beton“ und Wasserrückhaltemaßnahmen. Wir wollen Kommunen bei einem solchen Ausbau unterstützen, um sozial ungleich verteilte Umweltbelastungen gezielt zu reduzieren.

So wichtig Klimaschutzmaßnahmen sind, sie wirken sich auf verschiedene Menschen unterschiedlich aus. Deshalb setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die Generationen- und Geschlechterfragen berücksichtigt. Wir kämpfen für einen Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder einseitig finanziell belastet. Die nötigen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung müssen die Lebensqualität der großen Mehrheit der Bevölkerung verbessern. Ein zentraler Baustein hierzu ist der Ausbau der erneuerbaren Energien: Wir brauchen massive öffentliche Investitionen in die Energieinfrastruktur, in billige und klimaschonende Wind- und Solarparks, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern von öffentlichen Gebäuden und eine funktionierende Unterstützung von Mieter*innen und Einfamilienhauseigentümer*innen für Balkon- und Aufdach-Solaranlagen. Die

Förderung klimafreundlicher Heizsysteme bspw. durch Fernwärme und Wärmepumpen muss ausgebaut und an den Bedürfnissen der Bewohner*innen, nicht der Immobilienkonzerne und Heizungsunternehmen ausgerichtet sein. Die Kommunen und Stadtwerke müssen hierfür Kapazitäten aufbauen. Subventionierte Mietmodelle und eine aktive Ausbaupolitik der Stadtwerke können hierfür ein wichtiger Baustein sein.

Energetische Sanierung und Dämmung von Außenwänden ist wichtig, um den Heiz- und Kühlbedarf zu reduzieren und die Behaglichkeit der Wohnungen zu steigern. Wir fordern eine Förder- und Ausbaustrategie, die sicher stellt, dass Mieter*innen nicht die Kosten tragen, während die Vermieter*innen Gewinne einstreichen.

Die Landespolitik muss den Investitionsstau der letzten Jahrzehnte auflösen und mit einer klaren sozial-ökologischen Strategie Arbeitsplätze schaffen, Daseinsvorsorge sichern und Lebensqualität überall, in den Städten und im ländlichen Raum, ermöglichen.

Wir stehen für eine sozial-ökologische Verkehrswende und eine staatlich gesicherte Mobilitätsgarantie. Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland, viele Menschen pendeln täglich zur Arbeit. Wir wollen endlich eine aktive Verkehrspolitik, die auf die Stärkung des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs ausgerichtet ist. Dazu gehört neben der Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel auch ein politischer Gestaltungswille.

Für die Menschen, die nach wie vor auf das Auto angewiesen sind, wollen wir flächendeckende Möglichkeiten zum Leihen oder Teilen von PKWs schaffen und den Umstieg auf batteriebetriebene Fahrzeuge ermöglichen. Dazu gehört der Ausbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur. Mit der Umstellung der Fahrzeugflotte auf elektrische Kleinfahrzeuge und der Nutzung von Car-Sharing-Modellen soll die öffentliche Verwaltung zum Vorbild werden.

Die öffentliche Verwaltung muss Vorbild werden, wenn es darum geht, den Klimaschutz voranzutreiben und präventiv Maßnahmen zur Klimaanpassung zu verwirklichen. Wir wollen die Kommunen mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die dazu nötig sind und verlässliche gesetzliche Vorgaben schaffen.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Zukunftsinvestitionsprogramm:** 20 Milliarden Euro, um über den Zeitraum von fünf Jahren z.B. den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft, ökologische Modernisierung der Industrie und Umwandlung klimaschädlicher Branchen sowie den Abbau umweltschädlicher Subventionen zu fördern. Wir wollen Kreditfinanzierung zu niedrigen Konditionen für ökologische Unternehmen,

zur Strukturförderung für benachteiligte Regionen (z.B. Eifel, Hunsrück, Pfalz), für gleichwertige Lebensverhältnisse und zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie für erneuerbare Energien, den Aufbau öffentlicher Forschungseinrichtungen und Infrastrukturen in strukturschwachen Regionen. Wir wollen ein landesweites Recycling- und Entsorgungsgesetz mit Vorrang für kommunale Betriebe.

- **Ausbau der öffentlichen Ladesäuleninfrastruktur:** Um den Wechsel hin zu klimaneutralen und zusätzlich energetisch effektiveren Elektrofahrzeugen zu ermöglichen, auch für Menschen ohne eigene Garage, brauchen wir in Rheinland-Pfalz viele Ladesäulen im öffentlichen Raum zu bezahlbaren Preisen.
- **Förderprogramm für Elektrobusse:** Wir wollen ein Förderprogramm für Elektrobusse, um eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen.
- **Strenge Klimavorgaben bei Wirtschaftsförderung:** Ausschließliche Förderung für CO₂-arme bzw. -senkende Technologien.
- **Aufbau klimafreundlicher Industrien:** Zum Beispiel der Recyclingwirtschaft, Speichertechnologien und Wasserstoff.
- **Wiederverwertung statt Wegwerfen:** Landesprogramm für Kreislaufwirtschaft.
- **Klimavorbehalt in allen Landesgesetzen und -förderprogrammen:** Jede Maßnahme muss auf Klimaverträglichkeit geprüft werden.
- **Kommunale Klimaschutzpläne:** Pflicht für Kommunen, kommunale Klimaschutzpläne zu erstellen, verbunden mit Landesberatung und Zuschüssen.
- **Klimagerechte Beschaffung:** Klimagerechte und möglichst regionale sowie saisonale Beschaffung durch Land und Kommunen (z.B. größeres Angebot pflanzlicher Produkte in öffentlichen Kantinen, nur noch batteriebetriebene Dienstwagen).
- **Solarpflicht auf Neubauten und öffentlichen Gebäuden:** Neue und öffentliche Gebäude sollen mit Solaranlagen ausgestattet werden, inklusive Förderung für Privatleute und kleine Genossenschaften.
- **Bewahrung und Wiederherstellung der Natur:** Umfangreiche Förderung von Natur- und Artenschutzprojekten, Ausweitung von Naturschutzgebieten, Renaturierung von Bach- und Flussläufen.
- **Landeseigene Energiegesellschaft:** Massiver Bau und Betrieb von eigenen Wind- und Solarparks bei konsequenterer Umsetzung von artenschutzfachlichen Vermeidungsmaßnahmen – Gewinne bleiben in öffentlicher Hand und die Strompreise sinken für alle. Förderung von Energiegenossenschaften.
- **Förderung der regionalen und der ökologischen Landwirtschaft:** Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, Ausbau von Landesförderprogrammen entsprechend der 2. Säule der EU-Agrarförderung, Förderung von landwirtschaftlichen Gemeinwohlleistungen, pauschale Fördermöglichkeiten für Kleinbetriebe. Förderung der Neuanlage von Hecken, Bäumen und Feldränder. Erleichterung des Umstiegs von tierischer auf pflanzliche Produktion.

Förderung von Fruchtfolgenwirtschaft und Blühflächen. Förderung von bio-veganer Landwirtschaft.

- **Förderung von Forschungsprogrammen:** Zur CO₂-Reduktion, Energieeffizienz, Klimaschutz und Grundlagenforschung.
- **Waldumbau:** Diversifizierung der Wälder zu klimastabilen, artenreichen Mischwäldern unter kommunaler oder landeseigener Kontrolle. Erträge müssen in die Pflege und den Waldumbau reinvestiert werden.
- **Lebensraum von Wildtieren erhalten:** Einsatz für natürliche Regulierungen der Artbestände sowie Entwicklung und Förderung von Maßnahmen zur Lösung der Mensch-Wildtier-Konflikte. Der Abschuss von Wildtieren ist bis auf streng geregelte Ausnahmen abzulehnen.
- **Förderung von pflanzlichen Lebensmitteln:** Eine Umstellung auf pflanzliche Lebensmittel soll in der öffentlichen Verpflegung gefördert werden. Krankenhäuser, Bildungsstätten, Verwaltungs- und Pflegeeinrichtungen werden verpflichtet, sich bei der Verpflegung der Patient*innen an den Empfehlungen der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) zu orientieren und neben einer mischköstlichen auch eine rein pflanzliche Verpflegung zu ermöglichen.
- **Keine Ausbeutung von Tieren zu Unterhaltungszwecken:** Verbot von Tieren in Zirkussen sowie auf öffentlichen Veranstaltungen wie Jahrmärkten, Weihnachtsmärkten etc. (z.B. Verbot von Ponykarussells, lebenden Krippen).
- **Ausstieg aus Tierversuchen:** Förderung von tierversuchsfreien Forschungsmethoden sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die sich für tierversuchsfreie Wissenschaft einsetzen. Verbot von Tierversuchen, für die Alternativen existieren.
- **Beenden von Subventionen der Tierindustrie:** Subventionen, die die Tierindustrie spezifisch fördern, sollen nur für tierschutzförderliche Maßnahmen bereitgestellt werden.
- **Förderung gemeinschaftlicher Landbewirtschaftungskonzepte:** Unterstützung der Gemeinden bei der Förderung von nicht profitorientierten Projekten der solidarischen Landwirtschaft durch Ankauf entsprechender Flächen und Übertragung an die kommunale Verwaltung und Nutzung durch entsprechende Vereine.

Brand- und Katastrophenschutz für alle

Die Anforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz steigen stetig an: durch den menschengemachten Klimawandel, den demografischen Wandel und die zunehmende Komplexität moderner Infrastrukturen. Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat uns schmerhaft die Defizite unseres Katastrophenschutzes vor Augen geführt. Zwölf Menschen der Lebenshilfe in Sinzig kamen ums Leben, weil sie nicht rechtzeitig gewarnt wurden. Für uns ist klar: Es darf nie wieder passieren, dass Menschen in Rheinland-Pfalz ungeschützt in einer Katastrophe zurückgelassen werden. Wir werden es zu unserer Aufgabe machen, dass alle Menschen rechtzeitig gewarnt und in Notlagen zuverlässig unterstützt werden.

In Rheinland-Pfalz stellen sich tagtäglich tausende ehrenamtlich Engagierte in Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Katastrophenschutzeinheiten diesen Herausforderungen. Sie leisten unverzichtbare Arbeit für den Schutz und die Sicherheit aller Menschen im Land. Sie verdienen dafür nicht nur Dank und Anerkennung, sondern auch bestmögliche Unterstützung.

Kommunen und Land müssen den Ehrenamtlichen Rückendeckung geben – durch zeitgemäße Ausrüstung, eine qualitativ hochwertige Ausbildung, moderne Einsatzfahrzeuge und eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Auch der Schutz der Einsatzkräfte selbst – physisch, psychisch und sozial – muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Brand- und Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden und dauerhaft verlässlich finanziert wird. Prävention, Ausbildung, Ehrenamtsförderung und nachhaltige Investitionen in Technik und Infrastruktur sind zentrale Bausteine, um alle Menschen zu schützen.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Eine gerechte finanzielle Lastenverteilung:** Kommunen dürfen bei Pflichtaufgaben wie Brand- und Katastrophenschutz nicht alleine gelassen werden – Land und Bund müssen mehr Verantwortung übernehmen.
- **Eine gesetzlich verankerte Förderung der Jugend- und Kinderfeuerwehren:** Etwa durch eine Pauschale pro Mitglied, um Nachwuchsgewinnung und Beteiligung zu stärken.
- **Die Stärkung aller Ehrenamtlichen:** Durch verbindliche Freistellungsregelungen, hochwertige Qualifizierungsangebote sowie psychische Gesundheits- und Konfliktprävention.
- **Aktuelle Entwicklungen beachten:** Die Berücksichtigung der Folgen des Klimawandels, des demografischen Wandels und neuer Risiken (z. B. Waldbrände, Starkregen, neue Technologien) in allen Konzepten und Ausstattungen.
- **Vernetzung ausbauen:** Eine bessere Vernetzung von Haupt- und Ehrenamt, von Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Katastrophenschutzeinheiten, Land und Kommunen – mit klaren Strukturen, Einsatzzielen und verbindlicher Koordination.
- **Soziale Absicherung:** Die Sicherstellung, dass Schutz- und Rettungskräfte nicht nur technisch ausgerüstet, sondern auch sozial abgesichert sind – durch Gesundheits- und Unfallversorgung, Rentenansprüche, psychologische Betreuung sowie die Vereinbarkeit von Einsatz, Familie und Beruf.
- **Inklusion:** In der Ausbildung und Umsetzung muss der Schutz von Menschen mit Behinderungen, älteren Personen, Frauen, Kindern, Obdachlosen, Migrant*innen oder Gehörlosen immer mitgedacht werden. Ebenso muss die Tierrettung ein wichtiger Bestandteil der Evakuierungsplanung und Krisenbewältigung sein.

Antifaschismus

*„Man hört immer mehr Gespräche mit ausländerfeindlichen Inhalten.“
Haustürgespräch in Ludwigshafen*

Der Rechtsruck innerhalb Deutschlands ist für alle spürbar. Die Hetze, die mit Ängsten der Menschen spielt, darf nicht Leitfaden für die Politik unserer Gesellschaft sein. Ausgrenzung, Gewalt und die Herabsetzung der Würde einzelner ist ein Versagen auf allen Ebenen. Vor allem, wenn systematisch weggeschaut wird.

Die Linke setzt sich konsequent gegen Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und andere menschenfeindliche Einstellungen ein. Wir wollen den Antifaschismus als Staatsziel in der rheinland-pfälzischen Verfassung fest schreiben. Wir unterstützen alle Projekte gegen Rassismus und Faschismus. Wir wollen rechte Gewalt verhindern und konsequent bestrafen. Die rechte Szene muss entwaffnet werden! Wir unterstützen die Errichtung eines Dokumentationszentrums zur Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen und die Aufarbeitung rechtsextremer Straftaten in entsprechenden Registern, wie zum Beispiel die längst überfällige staatliche Anerkennung des Mordes an Frank Bönisch als rechtsextremes Verbrechen.

Eine Gesellschaft darf Diskriminierungen nicht dulden. Wir befürworten daher ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das gegen alle Formen behördlicher Ungleichbehandlung in Rheinland-Pfalz wirkt. Wir stärken kollektive Rechtsschutzmöglichkeiten und schützen betroffene Personen durch einklagbare Rechte. Deshalb kämpfen wir auch gegen Benachteiligung und Abwertung aufgrund der sexuellen Identität. Im Bereich des Gewaltschutzes drängen wir auf eine vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Antifaschismus in die Landesverfassung:** Einführung einer Antifaschismus-Klausel in die Landesverfassung, um die Wiederbelebung faschistischer Kräfte ausdrücklich als verfassungswidrig zu erklären.
- **Bündnisse gegen Rechts fördern:** Aufbau und Förderung von landesweiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und Sexismus – aktiv auf allen gesellschaftlichen Ebenen wie Schulen, Sportvereinen und Kommunalpolitik.
- **Antifaschistische Projekte dauerhaft finanzieren:** Langfristige Förderung existierender und neuer antifaschistischer Netzwerke, von Beratungsangeboten, insbesondere Ausstiegspogramme aus Rechtsextremismus und religiösem Extremismus. Wir wollen eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung – inklusive Aktionstage und

Events zur Aufklärung - von Projekten zur entsprechenden Sensibilisierung vor Ort.

- **Bessere Erkennung rechtsextremer Straftaten:** Faschistisch motivierte Straftaten sind als rechtsextreme Hasskriminalität anzuerkennen und entsprechend in den Statistiken auszuweisen.
- **Unabhängige Meldestellen:** Unabhängige Prüf- und Meldestelle zur Untersuchung von institutionellem Rassismus in allen Behörden.
- **Betroffene stärken:** Bessere Beratung und Schutz für gefährdete Gruppen.
- **Landesantidiskriminierungsgesetz einführen:** Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes, um Rechtslücken zu schließen, z. B. gegen „racial profiling“.
- **Streichung des Begriffs „Rasse“ aus der Landesverfassung:** Alternative Formulierungen hält u.a. ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landestages vor.
- **Schluss mit der Extremismustheorie:** Kein Hufeisen im Kampf gegen Rechts: Wissenschaftliche Standards einhalten und keine Repressionen und Berufsverbote gegen linke Kräfte aufgrund einer bornierten Logik.
- **Politische Bildung stärken:** Ausbau politischer Bildung für jedes Alter, um nachhaltig die Gesellschaft vor einem weiteren Rechtsruck zu schützen.
- **Mehr Demokratie wagen:** Wahlalter auf 16 Jahre senken für Landtagswahlen und Kommunalwahlen.
- **Sonderurlaub für Gedenkstättenbesuche ermöglichen:** Fördertopf für weitere Sonderurlaubs-Ansprüche zum Besuch von Mahn einrichtungen, wie zum Beispiel die Gedenkstätte Hadamar, einrichten.
- **Rechtsterrorismus verhindern:** Entwaffnung aller gesichert Rechtsextremer.
- **Keine Chatkontrollen und Massenüberwachung:** Gegen den Ausbau von Überwachungsstrukturen wie z.B. durch Chat-Kontrollen.
- **Abschaffung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes:** Die Einstufungen als „verfassungsfeindlich“ durch den Verfassungsschutz erfolgen intransparent und dienen mitunter der Delegitimierung politischer Opposition. Gleichzeitig war der Verfassungsschutz in den vergangenen Jahren als treibende Kraft durch sog. V-Leute in rechtsradikalen Kreisen aktiv.

Queerfeminismus

„Wir sind alle Menschen, warum hassen wir uns?“

Haustürgespräch in Koblenz

Queerfeminismus

Gleichberechtigung bedeutet mehr, als nur bestehende Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern abzubauen. Sie bedeutet alle Menschen mitzudenken, – queere Menschen, Frauen, Kinder, Menschen mit sichtbaren und nicht sichtbaren Behinderungen, Schwarze und indigene Menschen – die durch patriarchale Strukturen benachteiligt und systematisch ausgesgrenzt sowie unterdrückt werden.

In Rheinland-Pfalz fehlen Frauenhäuser, Unterkünfte und Schutzräume für LSBTQIA* Menschen, barrierearme und -freie öffentliche Einrichtungen, geschlechtsfreie Toiletten in öffentlichen Einrichtungen und Institutionen, Angebote für die psychische Gesundheit von Menschen – auch für Männer. Dies alles sind Auswirkungen patriarchaler Herrschaft, die gezielt Menschen benachteiligt. Deshalb setzen wir uns aktiv gegen jegliche Form der Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt gegen jeden Menschen ein und deshalb kann es für uns als Die Linke nur intersektionalen Queerfeminismus geben.

Wir alle haben ein Recht auf ein Leben voller Selbstbestimmung über unseren eigenen Körper und geschlechtliche Identität. Wir haben ein Recht auf Barrierefreiheit und Religionsfreiheit sowie darauf, frei von Gewalt und Unterdrückung zu sein und schließlich darauf, zu lieben, wenn wir möchten.

Queeres Leben schützen

Gewalt und Diskriminierung gehören nach wie vor zum Alltag vieler Queers*/queerer Menschen in Rheinland-Pfalz. In Zeiten des Rechtsrucks verschärft es die Angst, betroffen von queerfeindlichen Übergriffen zu werden. Wir möchten nicht, dass queere Menschen mehr Angst und Sorgen haben müssen, sondern wir möchten empowernd wirken und selbstverständlich alle in die Pflicht nehmen und angstfreie und soziale Räume für alle schaffen.

Wir Linken fordern keine Toleranz ein, sondern eine umfassende Akzeptanz von allen für die freie Sexualitäts- und Identitätsbestimmung jedes einzelnen Menschen.

Auch im Schulalltag sind Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTQIA* ein großes Problem. Wir wollen eine inklusive Schule für alle, deshalb werden wir uns

u.a. für die Erarbeitung von Richtlinien zur Inklusion von Queers*/queeren Menschen einsetzen. Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiges Bundesland. Rassismus muss bekämpft werden, auch innerhalb queerer Communitys. Deshalb machen wir uns für den Ausbau, die Unterstützung und die Absicherung von Projekten und Vereinen stark, die von Rassismus betroffenen und geflüchteten LSBTQIA* Unterstützung, Beratung oder Unterkunft bieten.

Des Weiteren zeigt sich auch an Arbeitsplätzen deutlich, dass queere Personen systematisch benachteiligt werden. Dies sehen wir klar bei beruflichen Perspektiven für LSBTQIA*, bei Bewerbungen und Vorstellungsgesprächen, im Gehaltsvergleich, aber auch im Arbeitsalltag. Knapp $\frac{3}{4}$ aller LSBTQIA* erleben oder erlebten Diskriminierung am Arbeitsplatz. Davon sind 7-14 % körperliche Gewalt und Aggression; Mikroaggression und Beleidigungen ohne Personenbezug fallen hingegen gar nicht erst in diese Statistik. Dementsprechend zeigt sich auch hier wieder eine besondere Notwendigkeit für Diskriminierungsschutz. Wir wollen eine inklusive Arbeitswelt für alle, deshalb setzen wir uns u.a. für verpflichtende Schulungen für Führungskräfte, verpflichtende inklusive Sprache - nicht nur auf Formularen und Anträgen - ein.

Queerpolitik sozial gedacht

LSBTQIA* haben besondere soziale und gesundheitliche Bedarfe, die wir ernst nehmen. Armut und Wohnungslosigkeit treffen queere Menschen überproportional. Wir wollen die Datengrundlagen über die Situation marginalisierter, queerer Gruppen (z.B. Wohnungslose, Geflüchtete oder Sexarbeitende) verbessern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Handlungskonzepte entwickeln. Wir stehen dafür ein, dass LSBTQIA* einen niedrigschwlligen Zugang zu der für sie nötigen Gesundheitsversorgung haben und Angebote, wo möglich und notwendig, verbessert werden.

Die mentale Gesundheit leidet oft unter ständiger Diskriminierung im Alltag, deswegen fordern wir nicht nur Beratungsstellen, sondern auch aktive Unterstützung für Resilienz aufbauende Maßnahmen. Wichtige Bausteine dafür sind queere Safer Spaces, der Aufbau flächendeckender queerer Zentren ist eine der dringendsten Forderungen.

Die COVID-19-Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, wie drängend die Frage der Vereinsamung und der Unterstützung von Senior*innen ist. Wir wollen Angebote vorantreiben, die die Lebensqualität queerer Senior*innen verbessern, sei es durch Besuchsservices oder praktische Unterstützung im Alltag.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Weg mit dem Sittengesetz:** Lang genug wurden gegen Menschen unter dem Vorwand, der Sitte zu verstößen, Repressionen ausgerufen sowie wichtige Fortschritte durch das Sittengesetz verhindert. Dies gilt auch für Menschen in der Sexarbeit. Die Evaluation des ProstSchG (Prostituiertenschutzgesetz) sagt dazu: „Prostitution ist eine grundrechtlich geschützte Tätigkeit.“ Wir müssen die Entstigmatisierung durch echte, gelebte Solidarität voranbringen.
- **Vielfalt verbindlich im Schulunterricht verankern:** Verankerung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Schulunterricht, insbesondere im Biologie- oder Sozialkundeunterricht. Sexualkunde soll modern, inklusiv und vielfältig geschult werden. Lehrkräfte sollen für Toleranz und Akzeptanz weitergebildet werden, besonders im Umgang mit Deadnames sowie der richtigen Ansprache und Verwendung von Pronomen bei nicht-binären, trans- und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen.
- **Queeres Leben in die Lehrpläne:** Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Selbstverständnis im Lehrplan sowie Projekttage mit queeren Gruppen.
- **Gleichstellung von Regenbogenfamilien:** Regenbogenfamilien müssen in allen Belangen gleichgestellt werden: gleiches Adoptionsrecht, Unterhalt, Sorgerecht wie bei heterosexuellen Ehen. Gleichbehandlung bei Behördengängen, im Krankenhaus und im Umgang mit der Polizei.
- **Finanzierung und Vernetzung von Beratungsstellen:** Dauerhafte finanzielle Sicherheit und damit Planungssicherheit bei neutralen Beratungsstellen für queere Gruppen (z.B. Wohnungslose, Geflüchtete oder Sexarbeitende) herstellen und damit aktiv helfen, das Netz an Beratungsstellen zu erweitern.
- **Abstammungsrecht reformieren:** Die Doppelbelastung homosexueller Partner*innen – z. B. beim Krankenhausbesuch oder bei der Kita-Anmeldung – muss beseitigt werden.
- **Anti-Diskriminierung erweitern:** Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität soll nicht nur ins Grundgesetz, sondern auch landesrechtlich verankert werden.
- **Queere Geschichte gehört in den Lehrplan:** Queere Kinder haben ein Recht auch im Geschichtsunterricht zu erfahren, wie viele wunderbare queere Menschen vor ihnen schon unsere Geschichte beeinflusst und maßgeblich verändert haben.
- **Geschlechtsfreie/neutrale Toiletten und Umkleidekabinen:** In institutionellen Einrichtungen wie Behörden, Schulen und Kindergärten.
- **LSBTQIA*-Beauftragte:** Queere Menschen müssen sich repräsentiert fühlen und genau deshalb fordern wir in jeder Stadt und Kommune die Einführung von LSBTQIA*-Beauftragten. Diese müssen auf Landesebene finanziert und von queeren Vereinen und Sprechenden innerhalb der Kommunen und Städte für die Amtszeit der jeweils gewählten Stadt-, Verbands- und Ortsräte gewählt werden. Denn nur durch eine von Betroffenen gewählte Vertretung kann eine richtige Repräsentation stattfinden - Koblenz bspw. lebt dies bereits vor.
- **Statistische Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und Angriffen jeglicher Form:** Viele queerfeindlich motivierte Angriffe und Straftaten

bleiben ungesehen und werden damit auch nicht erfasst. Das muss sich grundlegend ändern.

- **Queere Zentren und Treffpunkte:** Flächendeckende Unterstützung queerer Treffpunkte und queerer Zentren und die Förderungen für Initiativen, Jugendzentren und Begegnungsräume als kommunale Pflichtaufgaben ausgestalten.
- **Soziale Sicherung für queere Menschen verbessern:** Subventionierte Wohnprojekte für lesbische Rentnerinnen, Schutz queerer Jugendlicher vor Obdachlosigkeit, faire Löhne zum unabhängigen Leben.
- **Queere Geflüchtete besonders schützen:** Aufnahme auch aus „sicheren Herkunftsstaaten“, dezentrale Wohnformen statt Sammelunterkünfte.
- **RLP unterm Regenbogen:** Landesaktionsplan „RLP unterm Regenbogen“ weiterentwickeln, Ausbau der Förderungen für Awareness-Strukturen in allen öffentlichen Bereichen.
- **Queere Fördergelder über eine zentrale Förderstelle koordinieren:** Es muss sichergestellt sein, dass die Fördergelder neutral verteilt werden, ohne dass eine verpflichtende Mitgliedschaft in einem Dachverband bestehen muss. Ein Dachverband ist für die Netzwerkarbeit wichtig und sollte nicht über Fördergelder entscheiden.
- **Niedrigschwellige Ausstiegsmöglichkeiten für Sexarbeiter*innen schaffen:** Z.B. durch staatlich finanzierte Ausstiegswohnungen und durch Einstiegshilfen in den „normalen“ Arbeitsmarkt und dabei auch Schutz vor ähnlich prekären Beschäftigungsverhältnissen wie z.B. in der Leiharbeit.
- **Niedrigschwellige Gesundheitsangebote und PrEP-Zugang ausweiten:** Niedrigschwellige, diskriminierungsfreie Gesundheitsangebote für queere Menschen und Menschen in der Sexarbeit etablieren. PrEP-Zugang (HIV-Prävention) und die Prävention anderer sexuell übertragbarer Krankheiten ausweiten, auch durch staatlich geförderte Kampagnen umfassende Versorgung sicherstellen, kostenfreie HIV-Teststellen.
- **Projektopf etablieren:** Gegen die Vereinsamung von queeren Senior*innen. Gemeinsames Wohnen, Generationshäuser und Queerkultur-Angebote für ältere Menschen mitdenken.
- **Körperliche Selbstbestimmung von queeren Menschen stärken und schützen:** Geschlechtsanpassende Maßnahmen müssen für queere und trans* Personen kostenlos zugänglich sein.

Feminismus

Patriarchale Unterdrückung ist kein individuelles Problem, sondern eine gesellschaftliche Struktur, die eng mit Kapitalismus, Rassismus und anderen Herrschaftsverhältnissen verbunden ist. Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen (FLINTA*) erfahren in Rheinland-Pfalz, wie überall in Deutschland, tagtäglich Benachteiligung, Diskriminierung und Gewalt – im Beruf, im häuslichen Umfeld, auf der Straße und in Institutionen.

In Zeiten des Rechtsrucks und wachsender sozialer Spaltung werden feministische Kämpfe abgewertet und rechte Kräfte versuchen, hart erkämpfte Rechte wieder zurückzudrängen. Wir stellen uns dem entschieden entgegen. Unser Feminismus ist antikapitalistisch, queerfeministisch und intersektional – das heißt, wir sehen, dass verschiedene Formen von Unterdrückung sich überschneiden und nur gemeinsam bekämpft werden können.

Trans* Frauen sind Frauen! Trans* Männer sind Männer! Geschlechtliche Vielfalt ist für uns selbstverständlich. Wir schützen das Recht auf vollwertige Selbstbestimmung und fordern den Schutz vor Diskriminierung – von Umkleiden bis hin zu Behördengängen. Ein Feminismus, der nicht die Lebensrealitäten von trans*, inter und nicht-binären Menschen mitdenkt, ist kein befreiender Feminismus.

Solange unbezahlte Sorgearbeit auf den Schultern von FLINTA* lastet, Löhne ungleich verteilt sind und patriarchale Machtverhältnisse das Leben bestimmen, gibt es keine echte Gleichberechtigung. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Care-Arbeit gerecht verteilt, ökonomische Unabhängigkeit für alle möglich und geschlechtsspezifische Gewalt konsequent bekämpft wird. Wir fordern nicht bloß gleiche Chancen im bestehenden System, sondern eine Veränderung der Verhältnisse selbst – hin zu einer solidarischen, gerechten und befreiten Gesellschaft, in der niemand aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Klasse oder Körper ausgeschlossen wird.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Kostenfreie Periodenprodukte in öffentlichen Einrichtungen:** Wir wollen Menstruationsartikel für alle bezahlbar machen.
- **Finanzielle Förderung von Feminismusbeauftragten in allen Kommunen:** Das sichert feministische Arbeit vor Ort.
- **Feministische Schutzmaßnahmen als kommunale Pflichtaufgabe:** Feministische Schutzmaßnahmen sollen Pflichtaufgaben für die Kommunen werden.
- **Verbot von defensiver Architektur:** Bauweisen wie Bänke oder Geländer, die Menschen vom Aufenthalt abhalten, schränken den öffentlichen Raum ein. Ein Verbot macht Städte sicherer und zugänglicher für alle, besonders für FLINTA* und queere Personen.
- **Verpflichtende Beleuchtung:** In der Landesbauordnung soll festgeschrieben werden, dass ausreichende Beleuchtung in Parkhäusern und anderen sogenannten Angsträumen verpflichtend ist.
- **FLINTA*-Nachttaxis:** Landesinitiative zur Einrichtung von FLINTA*-Nachttaxis.
- **Feministische Stadtplanung:** Wir wollen auf Landesebene die Förderung von feministischen Stadtplanungskonzepten vorantreiben (z. B. Angsträume identifizieren und beheben, kurze Wege innerhalb eines Stadtteils usw.).

Gewaltschutz

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist keine Privatsache – sie ist eine Menschenrechtsverletzung. Die Istanbul-Konvention verpflichtet auch Rheinland-Pfalz: verhindern, verfolgen, schützen. Gewaltschutz darf nicht an Behördenzuständigkeiten scheitern. In Trennungs- und Umgangskonflikten gilt: Sicherheit vor Umgangsrecht. Kinder erleben Gewalt nicht nur mit, sie sind selbst Betroffene.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Sicherheit vor Umgangsrecht festschreiben:** Eine landesweite Leitlinie verpflichtet Jugendämter und Familiengerichte, den Schutz von Frauen und Kindern prioritär zu behandeln: Kein unbegleiteter Umgang, wo Gefahr besteht – konsequente Durchsetzung und Nachverfolgung.
- **Begleitete Übergaben überall möglich machen:** Das Land finanziert ein Netz von Übergabestellen mit getrennten Zugängen und professioneller Begleitung – niemand muss Kinder an der Haustür oder auf dem Parkplatz übergeben.
- **Hochrisiko-Fälle verbindlich koordinieren (MARAC):** Bei Warnzeichen wie Stalking, Drohungen oder Verstößen gegen Schutzanordnungen findet eine behördenübergreifende Risikokonferenz mit klaren Zuständigkeiten, Fristen und Nachverfolgung statt.
- **Frauenhaus-Infrastruktur nach Standard aufbauen:** Mindestens 1 Platz je 10.000 Einwohner*innen (RLP Zielgröße), gesicherte 24/7 Erreichbarkeit, barrierearme Plätze, Schutzwohnungen und Übergangswohnungen.
- **Vorbehaltlose Aufnahme sichern.** Keine Ausschlüsse wegen Einkommen, Aufenthaltstitel, Mitnahme von Söhnen jeden Alters; Landesmittel für unbürokratische Soforthilfe und freie Plätze.
- **Fast Track für Schutzanordnungen:** Digitale Anträge, feste Eil-Sprechzeiten bei Gericht, Priorisierung, unmittelbare Durchsetzung; wirksame Konsequenzen bei Verstößen.
- **Verlässliche medizinische Hilfe und Spurensicherung:** Anonyme/vertrauensärztliche Spurensicherung landesweit – auch ohne direkte Anzeige –, klare medizinische Standards und einfache Verweiswege in Beratung und Schutz.
- **Landesweites Gewaltschutz-Monitoring:** Jährlicher Bericht an den Landtag zu Schutzanordnungen, Verstößen, Frauenhaus-Kapazitäten, Wartezeiten, Übergängen in Wohnraum, Barrieren und digitaler Gewalt – datenschutzkonform und mit Einwilligung.
- **Ausbildung verankern und Fortbildungen im Dreijahresrhythmus:** Pflichtmodule zu häuslicher/partnerschaftlicher Gewalt, Istanbul Konvention, Risiko Checks, Täterstrategien, traumasensibler Praxis und Inklusion für Polizei, Justiz, Jugendämter, Gesundheit, Schulen.

- **Digitale Gewalt ernst nehmen:** Spezialberatung zu Cyberstalking/Spyware/Ortung, Stalkerware-Erkennung, sichere Gerätewechsel; nutzerfreundliche Tools zur digitalen Beweissicherung.
- **Inklusiver Zugang ohne Hürden:** Landesweiter Dolmetsch-Pool (inkl. Gebärdensprache und Leichter Sprache), mobile Angebote, Fahrkostenhilfe im ländlichen Raum.
- **Zugang zum Recht sichern:** Ein Landesfonds für Verfahrenskostenhilfe unterstützt Betroffene in familien-, straf- und zivilrechtlichen Verfahren.

Konsequente Umsetzung und Erweiterung des Pakts gegen sexualisierte Gewalt in Rheinland-Pfalz

Sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist keine Randerscheinung, sondern eine strukturelle Menschenrechtsverletzung. Damit Prävention, Schutz und Aufarbeitung nicht vom Zufall abhängen, braucht es eine starke, unabhängige Selbstvertretung der Betroffenen in Rheinland-Pfalz und verbindliche Landessteuerung im Rahmen des Pakts gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Unabhängigen Betroffenenrat RLP gesetzlich verankern und institutionell fördern:** Mehrjährige, auskömmliche Grundfinanzierung, klare Unabhängigkeit, gesichertes Rederecht in den zuständigen Landtagsausschüssen sowie beim jährlichen Aufarbeitungs-/Gewaltschutzbericht.
- **Pakt gegen sexualisierte Gewalt vollständig umsetzen und verstetigen:** Ressortübergreifende Verpflichtungen, klare Zuständigkeiten und Finanzierungspfad; jährliche Berichterstattung an den Landtag im Rahmen eines indikatorengestützten Monitorings.
- **Unabhängige Landeskommision zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt einrichten:** Insbesondere mit Blick auf kirchliche Einrichtungen, Heime, Psychiatrien und staatliche Strukturen; Befugnisse zu Akteneinsicht, Anhörungen und öffentlichen Abschlussberichten.
- **Feministische Trauma-Arbeit und Betroffeneninitiativen fördern:** Spezialisierte Beratungs- und Stabilisationsangebote flächendeckend und niedrigschwellig sichern – auch im ländlichen Raum.
- **Verbindliche Präventionskonzepte:** In Schulen, in der Jugend- und Behindertenhilfe, in Pflege, Kirche und Sport – mit Standards zu Meldesystemen, Fortbildungen, Schutzkonzepten und externer Evaluation.

Migration und Flucht

„Wir ziehen hier aus Deutschland wieder weg. Das war der größte Fehler, den wir je gemacht haben.“

Haustürgespräch in Koblenz

Wir sind eine Migrationsgesellschaft. Migration und Flucht prägen die Geschichte Deutschlands wie kaum ein anderes Land. Über 30 % der Bevölkerung hat eine Migrationsbiografie. Auch Rheinland-Pfälzer*innen haben zu 28 % eine Migrationsbiografie und $\frac{1}{3}$ von ihnen sind in Deutschland geboren. Für sie ist Rheinland-Pfalz schon lange ihr Zuhause: Es ist der Ort, an dem sie leben, arbeiten und ihre Zukunft planen. Und trotzdem wird ihnen diese Zugehörigkeit streitig gemacht: Insbesondere rechtspopulistische Akteur*innen aus z.B. Politik, Medien und Wirtschaft verbreiten die Denkweise, dass Migrant*innen und Asylsuchende weniger wert seien, weniger Rechte haben dürften oder besonders kriminell seien (Kriminalität hängt nicht mit Herkunft, sondern mit sozialen Umständen zusammen!). Diese Denkweise hat längst die Mitte der Gesellschaft erreicht und viele rassistische Vorurteile ‚normal‘ werden lassen. Dementgegen verstehen wir Migration nicht als Störung eines nationales Ordnungsrahmens, sondern als natürlichen Bestandteil einer offenen Gesellschaft, die von Solidarität, Gleichheit und Vielfalt geprägt ist. Auf bundes- wie landespolitischer Ebene wird migrationspolitisch auf Abschreckung und Abschottung gesetzt. Auch vor der Aushöhlung des Rechtsstaates, vor rechtswidrigen Mitteln wie Zurückweisungen an EU-Binnengrenzen und der Kriminalisierung der Zivilgesellschaft machen die politisch Verantwortlichen nicht halt. Das grüne Integrationsministerium in Rheinland-Pfalz verhindert strukturell Wege ins Bleiberecht.

Bei verhältnismäßig wenig ausreisepflichtigen Personen finden überdurchschnittlich viele Abschiebungen in Rheinland-Pfalz statt und das, ohne vorab Bleiberechtsperspektiven vernünftig zu prüfen. Diese Politik zeigt sich bundes- wie landespolitisch in einem inhumanen, die Menschenrechte ignorierenden Trend, in einer Politik der Externalisierung und Verhinderung.

Auch Rheinland-Pfalz schreckt nicht vor Tischfestnahmen, Familientrennungen und Abschiebungshaft für besonders Schutzbedürftige zurück.

Eine solche Politik wird unser Land nicht sicherer oder sozial gerechter machen, im Gegenteil: Gerade die Parteien, die Hass und Hetze gegen Migrant*innen und Asylsuchende schüren, machen aktiv Politik gegen soziale Gerechtigkeit (z.B. durch Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten oder die Förderung von hohen Mieten usw.), an deren Ende schlussendlich ein autoritärer Umbau unserer Gesellschaft steht. Wir glauben und wir hoffen, dass die Rheinland-Pfälzer*innen

diesen Zusammenhang durchschauen und sich klar und deutlichen gegen rechte Hetze und Menschenfeindlichkeit stellen.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wenn sie gelingen soll, ist die soziale Infrastruktur nachhaltig auszubauen, z.B. mit ausreichenden Mitteln für Kitas, Schulen und Volkshochschulen, für den ÖPNV bis hin zur Schaffung und Erhaltung bezahlbaren Wohnraums. Und wir machen hier keine Unterschiede: Wir brauchen menschenwürdigen Wohnraum für alle, unabhängig der Bleibeperspektive! Wir brauchen eine Landespolitik, die sich für ein solidarisches Miteinander in der Aufnahmegerügschaft einsetzt: Eine Gesellschaft, die das Ankommen erleichtert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Hierzu gehört nicht nur ein breites Angebot von Sprachkursen, eine erleichterte und schnellere Anerkennung von Berufsqualifizierungen, sondern insbesondere die Förderung von kultureller und politischer Mitsprache. So fehlt z.B. in den politischen Gremien, im Bildungssystem z.B. unter den Lehrkräften oder in den vielfältigen Vereinen die Repräsentanz von Migrant*innen. Wir sind im Rahmen von Politik und Gesellschaft alle in der Verantwortung, Integration zu ermöglichen. So gelingt ein solidarisches Miteinander, eine Gesellschaft der Vielen, plural und divers.

Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht relativierbar und doch werden diese Relativierungen institutionalisiert: So z.B. bei den Sozialleistungen für Menschen im Asylverfahren oder Geduldete, die unter dem Existenzminimum liegen und sich insbesondere auf die Gesundheitsversorgung auswirken: Viele Krankheiten werden erst gar nicht behandelt, psychologische Hilfe kaum bereitgestellt – das ist nicht hinnehmbar! Geflüchtete müssen unkomplizierten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung im Regelsystem erhalten, ohne Einschränkungen.

Wir wollen Bleibeperspektiven schaffen, statt um jeden Preis Abschiebungen zu ermöglichen. Wir wollen ein politisches Klima schaffen, in dem der Ermessensspielraum der Ausländerbehörden positiv und im Sinne der Schutzsuchenden genutzt wird und nicht restriktiv, wie aktuell üblich. Hierfür möchten wir für eine entsprechende Erlasslage sorgen und die Kommunen und die Ausländerbehörden finanziell und personell besser ausstatten. Wir wollen, dass migrantische Selbstorganisationen und Vereine, die sich für Migration und Integration einsetzen, an der Arbeit am Landesintegrationskonzept einbezogen werden und zwar mit echten Gestaltungsmöglichkeiten. Demokratie basiert auf Teilhabe und Mitbestimmung in allen Bereichen unserer Gesellschaft – auch in migrationspolitischen Überlegungen. Menschenrechte und das Recht auf Asyl sind für uns Grundpfeiler einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Aktuell erleben wir, dass diese Grundpfeiler auch in der Asyl- und Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz missachtet werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und kein Mensch ist illegal. Von diesem Standpunkt aus wollen wir die Flucht- und Migrationspolitik in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz gestalten.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Restriktive Maßnahmen in Bezug auf Schutzsuchende beenden:** Flucht und das Ersuchen nach Asyl sind keine Straftaten – das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht! Wir lehnen alle restriktiven Tendenzen der Asylpolitik ab: Wir werden uns dafür stark machen, dass die landespolitische Umsetzung von GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem), soweit überhaupt möglich, humanitär gestaltet und z.B. auf Haftzentren verzichtet wird. Gerade Kinder dürfen nicht inhaftiert werden! Wir werden Kommunen dabei unterstützen, die Bezahlkarte nicht einzuführen. Abschiebungshaft darf kein Mittel sein, um Ausreisepflicht durchzusetzen. Wir lehnen Abschiebungshaft grundsätzlich ab und solange sie noch vollzogen wird, kämpfen wir für Rechtstaatlichkeit, humanitäre Standards (insbes. für vulnerable Personen) beim Vollzug! Außerdem braucht es für zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Organisationen, die sich im Sinne der Inhaftierten engagieren, bspw. unabhängige Beratung anbieten, unkomplizierten Zugang zur Haft. Das Abschiebungshaftvollzugsgesetz soll all dies garantieren.
- **Existenzsichernde Leistungen für alle:** Wir setzen uns für die Abschaffung des AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz) als menschenrechtswidriges Sondergesetz ein. Das Existenzminimum gilt für alle! In Rheinland-Pfalz wollen wir darüber hinaus sicherstellen, dass es keine Leistungskürzungen für Menschen gibt, deren Asylverfahren in einem anderen Schengen-Staat durchgeführt werden soll (Dublinfälle) oder für in einem anderen EU-Staat schutzberechtigte Personen (Drittstaatsfälle).
- **Duldungsanspruch bei tatsächlichen oder rechtlichen Abschiebungshindernissen:** Mittlerweile wird Menschen, die ausreisepflichtig sind, trotz Abschiebungshindernissen eine Duldung verwehrt. Dies führt zu Stigmatisierung im Alltag, da ohne Personaldokumente gesellschaftliche Teilhabe verunmöglich wird und u.a. bei Polizeikontrollen, beim Zugang zu Sozialleistungen etc. erhebliche Probleme entstehen. Ferner wird so für die Zukunft und auf Dauer verhindert, dass ein Anspruch auf ein Bleiberecht entsteht. Diese Praxis ist sofort zu beenden!

Bleibeperspektiven schaffen statt Abschiebungen forcieren.

Wir wollen verpflichtende Prüfungen von Bleibeperspektiven einführen, bevor aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet werden. Wir werden Bleiberechtsregelungen ausweiten sowie Bleiberechtsbündnisse fördern und ausweiten. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie nach Syrien und Afghanistan

sind nicht hinnehmbar und haben mit einer „humanen Asylpolitik“ nichts mehr zu tun! Familien mit minderjährigen Kindern, Verfolgte Minderheiten wie z.B. Êzîd*innen oder Menschen in stationärer Behandlung dürfen grundsätzlich nicht abgeschoben werden. Zudem müssen unmenschliche Vorgehensweisen wie nächtliche Abschiebungen, Familientrennungen oder Abschiebungen aus Schulen verboten werden. Alle Ausreisepflichtigen, auch Straftäter*innen und sogenannte Gefährder*innen haben das Recht auf ein faires Verfahren und Resozialisierung. Unabhängige Perspektivenberatung sowie die Beratung zur geförderten Rückkehr sollen verpflichtend allen Abschiebungen vorgeschaltet werden.

Deshalb fordert **Die Linke**:

- **Menschenwürdige Unterbringung – gutes Wohnen für alle:** Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein. Wir werden darauf hinwirken, dass bei Unterbringungen (in Verantwortung des Landes und der Kommunen) Mindeststandards erarbeitet und etabliert werden sowie deren Einhaltung überprüft wird. Alle Menschen haben das Recht, Missstände ohne Angst vor Restriktionen zu kommunizieren: Dafür brauchen wir unabhängige Beschwerdestellen sowie Beteiligungsstrukturen wie z.B. mit Rechten ausgestattete Bewohner*innenräte. Die miserablen Unterbringungszustände machen Menschen krank – das ist kein Zufall, sondern hat System!
- **Zugänge schaffen statt Barrieren bauen:** Besonders eklatant ist der fehlende Zugang zur gesundheitlichen und psychologischen Versorgung. Wir wollen den Ausbau von Psychosozialen Zentren und werden Kommunen dabei unterstützen, so früh wie möglich und flächendeckend für alle eine elektronische Gesundheitskarte bereitzustellen. Häufig sind Geflüchtete traumatisiert, zudem ist die Situation während des Asylverfahrens strapaziös und mit Ängsten verbunden. Wir brauchen für die Aufnahmeeinrichtungen daher bessere Maßnahmen zur Erkennung und Prävention akuter Suizidgefährdung. Unabhängig des Aufenthaltsstatus wollen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Regelschule ermöglichen. Wir wollen das Angebot der Sprachkurse ausbauen und werden für mehr Stellen für Sozialarbeiter*innen kämpfen sowie ein größeres Angebot an Kinderbetreuung. Eine behördenumabhängige und parteiische Beratung für Schutzsuchende gehört zum Selbstverständnis unserer Asylpolitik und soll flächendeckende Praxis werden.
- **Gewaltprävention und Anerkennung:** Besonders vulnerable Gruppen wie z.B. Frauen, unbegleitete minderjährige und queere Personen brauchen Unterstützung und Schutz. Unabhängige Schutzkonzepte sollen verpflichtend in Kommunen und Land erstellt, stetig weiterentwickelt und angewendet werden. Für deren Überprüfung braucht es unabhängige und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattete Fachstellen. Wir wollen Beratungsangebote ausbauen, die speziell die Bedürfnisse von

vulnerablen Personengruppen, wie z.B. Menschen mit Behinderung, alte Menschen, Frauen oder queere Menschen im Fokus haben. Opfern von Menschenhandel (egal in welcher Branche) und Zwangsprostitution müssen unbürokratisch Aufenthaltsrechte gewährt und der Schutz vor Repressionen sichergestellt werden.

- **Finanzierung und Mitsprache:** Vereine und Initiativen, die sich für Integration, Rechte von Flüchtenden, Demokratie und Menschenrechte einsetzen, müssen finanziell viel besser ausgestattet und ihre Mitsprache in der landespolitischen Migrations- und Asylpolitik institutionalisiert werden. Wir wollen weg von einer projektförmigen und hin zu einer dauerhaften Finanzierung. Die vorgesehenen Landesmittel hierfür wollen wir ausweiten. Dauerhafte Finanzierung der Migrationsfachdienste/Migrationsberatung halten wir für unbedingt notwendig. Die Ausländerbehörden wollen wir finanziell besser aufstellen und für eine Behördenkultur kämpfen, die humanitäre Perspektiven im Fokus hat. Es muss einen klaren Schwerpunkt auf Bleibeperspektiven geben, insbesondere bei der Schaffung neuer Stellen. Dafür fordern wir die Einrichtung einer zentralen Stelle für Bleiberecht und eine Erlasslage, die behördliches Ermessen in eine positive Richtung lenkt. Dafür brauchen wir u.a. entsprechende Personalschulungen und innerhalb der Behörden ein Personalmanagement, dass konsequent gegen Diskriminierung und Rassismus vorgeht.
- **Integration als kommunale Pflichtaufgabe:** Integration ist eine vielfältige Aufgabe, die hoher finanzieller Mittel und einer guten Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Land und Bund bedarf. Wird Integration zu einer Pflichtaufgabe, schafft dies Verlässlichkeit in Struktur und Planbarkeit sowohl für alle Verantwortlichen und Beschäftigten als auch für Zugewanderte.
- **Recht auf Arbeit:** Wir wollen auf eine schnellere Bearbeitung von Anträgen zu Arbeitserlaubnissen hinwirken, die Anerkennung von Berufsqualifikationen entbürokratisieren und Projekte zur Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem Ausland fördern. Die vielen sog. Wanderarbeiter*innen/Saisonarbeiter*innen aus den EU-Ländern brauchen sichere und faire Arbeitsbedingungen. Hierfür wollen wir Projekte wie „Faire Mobilität“ ausweiten. Ob in der Pflege, auf dem Bau oder auf dem Feld – wir dürfen nicht zulassen, dass die Wanderarbeiter*innen z.B. durch horrende Unterbringungsgebühren und fehlende Beratung ausgebeutet werden. Zusätzlich fordern wir die schnelle und einfache Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.
- **Mehrsprachigkeit fördern:** Dies beginnt damit, dass Behörden Infomaterial, Anträge und Beratungen mehrsprachig anbieten müssen. Andere Sprachen dürfen nicht abgewertet, sondern sollten z.B. als Fremdsprache an Schulen anerkannt und unterrichtet werden.
- **Teilhabe erhöhen:** Obwohl viele Menschen in Rheinland-Pfalz eine Migrationsbiografie haben, fühlen sie sich dem Land nicht zugehörig. Wir werden Projekte initiieren, die die politische Teilhabe von Migrant*innen erhöhen. Hierfür wollen wir u.a. die Beiräte für Migration und Integration

strukturell einbeziehen und ihnen mehr politische Relevanz verschaffen. Außerdem unterstützen wir Vereine in ihrer integrativen Arbeit mit den notwendigen Ressourcen. Teilhabe beginnt bereits im Schulalltag. Daher wollen wir das Lehramt besonders attraktiv für Menschen mit Migrationsbiografie gestalten und entsprechende Netzwerke für Lehrkräfte mit Migrationsbiografie fördern. Zudem wollen wir ein landesgefördertes Weiterbildungszertifikat zum Thema „Integration“ installieren, das sich an alle richtet, die sich beruflich oder ehrenamtlich mit dem Thema beschäftigen. Zudem werden wir uns für die Schaffung eines Dokumentationszentrums/Museums für Migration in Rheinland-Pfalz einsetzen – und zwar nicht nur online, sondern vor Ort. Außerdem fordern wir ein kommunales Wahlrecht für dauerhaft in Rheinland-Pfalz lebende Drittstaatsangehörige.